:antifaschistische nachrichten

Nr. 12/13

g 3336 13.6.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤

www.antifaschistische-nachrichten.de

Anstieg von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte

Die Zahl rassistischer Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte steigt weiterhin rasant an. Im ersten Quartal dieses Jahres hat es bereits 20 Zusammenrottungen von Rechtsextremen vor solchen Unterkünften gegeben, das sind mehr als im ganzen Jahr 2013 (damals waren es 17). Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor (Drs. 18/1399). „Die Mehrzahl dieser Aktionen wurden von der NPD beziehungsweise ihrer Jugendorganisation, den sog. Jungen Nationaldemokraten, organisiert," so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin. „Es ist offensichtlich, dass die Nazipartei ihren Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen geführt hat, und umso erschreckender, dass ihr dies tatsächlich ein Mandat eingebracht hat." Deutlich gestiegen ist auch die Zahl von Straftaten und gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte: Die Landeskriminalämter meldeten von Januar bis März dieses Jahres 34 entsprechende Delikte. (2011: 18, 2012: 24, 2013: 59) Von den 34 Straftaten des ersten Quartals 2014 sind 11 Sachbeschädigungen, 4 Körperverletzungen, 4 Sprengstoffdelikte. Das zeugt von der hohen Gewaltbereitschaft der Rassisten.

Obwohl der Katalog politisch motivierter Straftaten jetzt auch gezielt Straftaten „gegen Asylunterkünfte" umfasst, finden manche Angriffe nach wie vor keinen Eingang in die Statistik. Es fehlt z. B. eine Provokation am 4. Januar vor dem Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf, bei der zwei Täter Parolen gegrölt und Aufkleber mit fremdenfeindlichen Parolen an die Fassade geklebt haben. Zudem muss berücksichtigt werden, dass auch Nazis nicht immer eine „Visitenkarte" hinterlassen. Der kontinuierliche Anstieg rechtsextremer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte darf niemanden kalt lassen. Dieser Entwicklung muss unbedingt gegengesteuert werden. Dazu gehört es, dass die Bundesregierung und insbesondere die CDU/CSU ihre Kampagnen gegen sogenannte Armutsmigranten aus Osteuropa einstellt und in der Asylpolitik die Finger von weiteren Verschärfungen lässt. Denn damit schürt sie gerade rassistische Vorbehalte bei Teilen der Bevölkerung und gießt Öl ins Feuer.

Ulla Jelpke, MdB ■

Aus Urlaubsgründen erscheint die nächste AN am 27. Juni 2014.

BIRLIKTE – Zusammenstehen

Pfingstsonntag fand in Köln anlässlich des 10. Jahrestages des Nagelbombenanschlags des NSU in der Keupstraße ein großes Kulturfest auf der Keupstraße und dem angrenzenden Gelände des Schauspiels Köln statt. Die Podiumsdiskussionen zum Thema, die Veranstaltungen mit den Rechtsanwälten der Opfer – zu allen Diskussionen kamen mehr Menschen, als die Orte fassen konnten. In einem Durchgang zu einem Hinterhof lasen den ganzen Tag Schauspielerinnen und Schauspieler des Theaters aus den Akten der Untersuchungsausschüsse, aus Vernehmungsprotokollen und den rassistisch geprägten Zeitungsberichten aus den Jahren, als die Ermittlungen sich gegen die Opfer selbst gerichtet hatten. Trotz der festlichen Stimmung auf der Straße mit viel Musik (im Bild: Auftritt der Microphone Mafia) – hier war es still und die Menschen hörten aufmerksam zu. An den Infoständen der Initiative „Keupstraße ist überall" wurde über das Vorhaben, die Opfer nach München zum Prozess zu begleiten, viel diskutiert.

Bereits am Samstagmorgen hatte es ein Treffen gegeben mit Initiativen aus Orten, in denen der NSU gemordet hatte, aber auch aus Mölln und Berlin. Über 70 Leute waren zusammengekommen.

Es sollte eine Vernetzung aller Initiativen erreicht werden, mit dem Ziel eines gemeinsamen Auftritts in München, um dort gemeinsam die Forderungen – auch der Opferfamilien – nach lückenloser Aufklärung der NSU-Verbrechen deutlich zu machen, ihres an den Taten beteiligten Umfelds, der Verwicklung der Behörden mit dem NSU sowie die Ursachen für die Fahndungsablenkung von den Mördern hin zu den Opfern.

Bei so hoher Beteiligung war die zur Verfügung stehende Zeit naturgemäß etwas knapp, ein erster, guter Schritt ist jedoch getan. Mehr Infos auf der Webseite der Initiative www.keupstrasse-ist-ueberall.de ■

Razzia wegen „Thiazi"-Forum

ROSTOCK. Im Zuge der Ermittlungen gegen die ehemaligen Betreiber des extrem rechten Internetforums „Thiazi" wurden am 4. Juni in 12 Bundesländern insgesamt 38 Wohn- und Geschäftsräume von der Polizei durchsucht. Gegen die damaligen Betreiber des „Thiazi"-Forums hatte die Staatsanwaltschaft Rostock schon vor einiger Zeit wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung Anklage vor dem Landgericht Rostock erhoben. Über das Internetforum, das von mehr als 30000 registrierten Benutzern genutzt wurde, seien in einem Zeitraum von mehr als drei Jahren in erheblichem Umfang Schriften und Tonträger mit strafrechtlich relevantem Inhalt öffentlich verbreitet worden, heißt es in der gemeinsamen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Rostock und des Landeskriminalamts Mecklenburg-Vorpommern. Darunter befanden sich auch Lieder, Liedtexte und Musikalben, die von der Bundesprüfstelle in die Liste für jugendgefährdende Medien („Index") aufgenommen worden waren. Die von den Durchsuchungen Betroffenen stehen im Verdacht, das Internetforum durch Sach- und Geldspenden unterstützt oder aber innerhalb des Forums verbotene Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet zu haben. Die von der Polizei sichergestellten Gegenstände und Beweismittel, insbesondere Datenträger und Computer, werden nun von Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern ausgewertet. *hma* ■

„Glaubenserklärung" unterzeichnet

POLEN. In Polen haben sich mehr als 3000 Ärzte und Medizinstudenten dazu verpflichtet, Schwangerschaftsunterbrechungen, künstliche Befruchtungen und Rezepte für Verhütungsmittel zu verweigern. Die Mediziner unterzeichneten eine entsprechende Erklärung, mit der sie die Befolgung der katholischen Morallehre in ihrem Beruf versprechen. Die „Glaubenserklärung" stammt von der Psychiaterin Wanda Poltawska (92), einer langjährigen Brieffreundin von Papst Johannes Paul II. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im polnischen Parlament, Tomasz Latos, verteidigte den Entschluss der Ärzte gegen Kritik. *hma* ■

Rechte Ratsfraktionen

WUPPERTAL/MÜNCHEN. In Wuppertal haben sich nach der Kommunalwahl die Ratsmitglieder der sog. „Bürgerbewegung pro NRW" und der „Republikaner" zu einer gemeinsamen Ratsfraktion zusammengeschlossen. Zur Fraktionsvorsitzenden wurde Claudia Gehrhardt (Pro NRW) gewählt, die noch 2010 in einem Wahlwerbespot der NPD aufgetreten war. In München ist dagegen eine von den Stadträten der „Bayernpartei", der sog. „Alternative für Deutschland" (AfD) und der „Freien Wähler" gebildete Ausschussgemeinschaft mit dem Namen „Fraktion Bürgerliche Mitte" sogleich wieder zerbrochen. Die „Jungen Freien Wähler" kritisierten die Fraktionsbildung als eine „hinterlistige Vorgehensweise" und forderten Konsequenzen für ihre Stadträte. Die „AfD" „gefährde die bundesweite Vorbildfunktion der bayerischen Landeshauptstadt als größte, florierende Kommune Deutschlands". Die Kooperation mit der „AfD", die im Vorstand der „Freien Wähler" nicht abgesprochen worden war, wurde daraufhin von diesen auch gleich wieder beendet. *hma* ■

Die taz gibt zu, käuflich zu sein

BERLIN. Die Redaktion der taz hat zugegeben, „käuflich" zu sein. Nachdem das Blatt in seiner Berlinausgabe am 17. Mai eine Wahlanzeige der rechtsnationalen Partei Alternative für Deutschland veröffentlicht hatte, war im Internet ein „Shitstorm" ausgebrochen. Zahlreiche taz-Leser machten ihrer Empörung per Twitter oder Facebook Luft, nach Informationen von Branchendiensten soll es eine Reihe Abokündigungen gegeben haben. Auch in der Redaktion hat es offenbar heiße Diskussionen gegeben, sieben Mitarbeiter der Berlin-Redaktion distanzierten sich im taz-Blog. Die Redaktionsleitung hatte die Anzeigenschaltung mit dem Satz gerechtfertigt: „Wir sind eben käuflich." *jW* ■

Erinnern an Oradour

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) gedenkt der Opfer der faschistischen Barbarei in Oradour:

Vor 70 Jahren, am 10. Juni 1944 ermordeten Einheiten der SS-Division „Das Reich" und Einheiten der deutschen Wehrmacht in dem nahe Limoges gelegenen französischen Dorf Oradour Frauen, Kinder und Männer. Nur wenige Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie wollten die deutschen Besatzer ein Exempel statuieren. Auf der Suche nach Partisanen und Waffen wurden die Dorfbewohner auf dem Marktplatz zusammengetrieben. Danach wurden die Frauen und Kinder von den Männern getrennt.

Die Männer brachte man in vier Scheunen, wo sie niedergeschossen und und ihre Leichen verbrannt wurden. Die Frauen und Kindern erlitten in der Kirche das gleiche Schicksal: 642 Menschen starben, nur sechs Zivilisten überlebten.

Wenn wir an dieses Massaker der faschistischen Okkupanten erinnern, dann müssen wir in aller Deutlichkeit betonen, dass die Täter weitestgehend straffrei geblieben sind. Die Todesurteile, die 1953 in Abwesenheit der Angeklagten von der französischen Justiz in Bordeaux verhängt wurden, führten nicht dazu, dass bundesdeutsche Gerichte die Täter, die unbehelligt in der BRD lebten, zur Rechenschaft zogen.

Nur in der DDR wurde Heinz Barth, ehemals Zugführer in Oradour, 1983 verurteilt. Nach der Wiedervereinigung wurde dieses Urteil als „Unrechtsjustiz" aufgehoben.

Die FIR betont: Es reicht nicht aus, dass der deutsche Bundespräsident in einer „Betroffenheits"-Tour nach Oradour reist, wenn gleichzeitig die politische und juristische Aufarbeitung dieses Verbrechens in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht stattfindet. Deshalb hat die FIR ein Projekt von Florence Hervé und Martin Graf unterstützt, die eine deutsch-französische Dokumentation dieses Verbrechens unter dem Titel „Oradour – Geschichte eines Massakers" vorlegten.

Wir fordern:

Die Bundesrepublik Deutschland muss die deutsche Verantwortung für dieses Massaker endlich anerkennen.

Die noch lebenden Täter müssen juristisch zur Rechenschaft gezogen werden.

Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten, dass die historischen Tatsachen angemessen aufgearbeitet und dokumentiert werden. *FIR, Berlin, 4.6.2014*

Dank an Jacob Appelbaum

Jacob Appellbaum, einer der diesjährigen Träger des Henri-Nannen-Preises, hat erklärt, dass er den Preis an die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten VVN-BdA und das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum „apabiz" weiterreichen will.

Appelbaum hat seine Entscheidung aufgrund der Geschichte Henri Nannens gefällt. Während Nannen als Mitglied der Propagandakompanien den Endsieg herbeizuschreiben versuchte, saßen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die nach 1945 die VVN gründeten, in Lagern und Gefängnissen oder waren im Exil.

Wir werten Appelbaums Geste als wichtiges historisch-politisches Statement und als Anerkennung unserer Vereinigung, deren Mitglieder über Jahrzehnte im Gegensatz zu unzähligen Ex-Nazis in der Bundesrepublik diffamiert und verfolgt wurden.

Lieber Jacob Appelbaum, vielen Dank!

Cornelia Kerth, Heinrich Fink, SprecherInnen der VVN-BdA ■

Spuren gesetzt gegen das Verdrängen und Verschleiern

Köln. Zahlreiche kreative Spuren wurden am Freitag, den 6. Juni, bei einem (Mit-)Täterspurgengang von der Antifa Koordination Köln & Umland (AKKU) in der Kölner Innenstadt hinterlassen. Erinnert wurde mit Transparenten, künstlerischen Aktionen und einer Gedenkplakette dabei nicht nur an den rechtsterroristischen Anschlag in der Keupstraße, sondern auch an eine andere Tat des NSU, an den Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse. Rund 150 Anti-Rassist_innen beteiligten sich. ■

Autoritärer Kapitalismus

Europäische Antifaschisten diskutierten Ursachen des Stimmenzuwachses für extreme Rechte bei den Europawahlen. „Komitee der Wachsamkeit" gefordert

Wie hat es zu diesem Fiasko kommen können? Die Debatte über die Ursache des Stimmenzuwachses für neofaschistische und rechtspopulistische Kräfte bei den Europawahlen muss dringlich geführt werden. Darüber waren sich Vertreter der Mitgliedsorganisationen der antifaschistischen Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) aus Frankreich, den Niederlanden, Griechenland und Ungarn einig. Die Analyse des Phänomens war Thema einer Veranstaltung zu „Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa" am Freitag in Frankfurt am Main. Veranstalter war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die am Wochenende ihren Bundeskongress abhielt, in Kooperation mit dem örtlichen DGB und dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945.

„Niemals haben wir uns solchen unsäglichen Naziauftritten entgegenstellen müssen", beklagte die Französin Anita Baudouin. Hinter der Wahlentscheidung der Franzosen, Marine Le Pens Front National mit 25 Prozent der Stimmen ins EU-Parlament einziehen zu lassen, vermutet sie einen „Zustand der Hoffnungslosigkeit verbunden mit Arbeitslosigkeit" sowie „zunehmenden Konkurrenzkampf und Individualismus". In Frankreich habe das kurz vor der Europawahl angekündigte neoliberale Sparprogramm Wirkung getan, stimmte sie mit Kees van der Pijl aus den Niederlanden überein. Löhne einfrieren, Renten reduzieren, Steuern senken: Diese drastischen Wirtschaftsreformen, ausgerechnet vom sozialistischen Präsidenten François Hollande in Aussicht gestellt, hätten viele enttäuscht.

Dass die neofaschistische Goldene Morgendämmerung nun mit knapp zehn Prozent als drittstärkste griechische Kraft ins Europaparlament einziehen kann, führte der Grieche Gregorius Touglides darauf zurück, dass „die Arbeiterklasse sich nicht genügend gegen den Kapitalismus gewehrt hat". Für triumphale Wahlerfolge der Faschisten trügen sozialdemokratische Parteien Mitverantwortung, da sie das internationale Kapital unterstützt hätten. Die Polizei in Griechenland bediene sich fleißig der Goldenen Morgendämmerung, um Mitglieder derselben in linke Demonstrationen einzuschleusen und dort Krawalle anzuzetteln. Er betonte „die fatale Rolle" der Massenmedien: Die hätten etwa die rechtsradikale Partei freundlich begleitet, wenn diese Essenspakete an Arme verteilt habe – nur an Griechen, nicht an Migranten.

In Ungarn sei die Situation besonders schlimm, so David Tucker von der ungarischen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten (MEASZ). Die dortigen Rechtsparteien Fidesz und Jobbik kamen bei der Europawahl zusammen auf rund 66 Prozent der Stimmen. Die Ursache hierfür sieht Tucker in der Enttäuschung über die ehemalige linksliberale Regierung: Wer früher für sie gestimmt habe, wähle nun mitunter die rechtsradikale Jobbik, die Rassismus als Antwort auf alle Probleme anbiete. Die Frage aus dem Publikum, ob Ungarn zum Polizeistaat tendiere, verneinte Tucker. Die Polizei mache ihre Aufgabe, habe 2006 rechte Aufmärsche in die Grenzen verwiesen. Sie greife nur dann hart durch, wenn die Regierung dies anweise. Ein desillusionierendes Bild oppositioneller Bewegungen in Ungarn zeichnete Tucker. Das Klima sei von Angst geprägt: geschwächte, kraftlose Gewerkschaften; Roma-Vereine, die kaum ihre Stimme erheben würden, einzig damit beschäftigt, ihr Überleben über die nächsten Tage zu sichern. Das Fernsehen sei bereits Ziel von Attacken der Faschisten geworden.

Der niederländische Politikwissenschaftler van der Pijl sieht ein „im Zusammenbruch begriffenes System" auf dem Weg zum autoritären Kapitalismus. Für antifaschistische Kräfte sei es an der Zeit, „sich auf eine ernste Schlacht vorzubereiten". Wirtschaftswachstum sei nicht mehr zu erwarten, Faschismus aber werde aus Verelendung geboren. Die EU werde zunehmend mit kapitalistischer Macht identifiziert. Jegliche Opposition von links werde als Terrorismus diffamiert.

Wie ist Neofaschismus und Rechtspopulismus entgegenzutreten? Als Gegenmacht, damit nicht aggressiver Nationalismus profitiert, schlägt van der Pijl ein aus außerparlamentarischen Kräften bestehendes „Internationales Komitee der Wachsamkeit" vor: getragen von Künstlern, Gewerkschaftern, Umweltaktivisten, Intellektuellen, Kirchenleuten etc.

Junge welt 3.6.2014/
Gitta Düperthal ■

Berliner Polizei zerstört Wandbild zur Erinnerung an den NSU-Nagelbombenanschlag in der Keupstraße

Seit heute Mittag hat das frisch aufgehängte Wandbild an der Ecke Manteuffelstraße/Oranienstraße ein Loch und damit eine inhaltliche Lücke – der Satz „NSU: Staat und Nazis Hand in Hand“ wurde von der Berliner Feuerwehr im Auftrag der Berliner Polizei aus dem Bild herausgerissen, ohne richterliche Anordnung. Das Wandbild erinnert an den Nagelbombenanschlag des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) auf die Kölner Keupstraße vor 10 Jahren. Es thematisiert das Verhalten der Ermittlungsbehörden nach dem Anschlag, die Hinweise auf einen rechtsterroristischen Tathintergrund systematisch ignorierten. Stattdessen ermittelten sie gegen die Anwohner_innen und Gewerbetreibenden der Keupstraße und drangsalierten sie jahrelang mit zweifelhaften Methoden.

Schon nach der Demonstration zum zweiten Jahrestag des Bekanntwerdens des NSU am 4.11.2013 versuchte die Berliner Polizei das ähnlich lautende Demo-Motto „NSU-Terror. Nazis und Staat Hand in Hand“ zu kriminalisieren: eine Lautsprecheranlage wurde beschlagnahmt, ein Verfahren nach § 90a (Verunglimpfung des Staates) eingeleitet und mangels Erfüllung eines Straftatbestandes wieder eingestellt. Die Rechtswidrigkeit der Beschlagnahmung wurde gerichtlich festgestellt. Heute hat dieselbe Polizeieinheit im Auftrag derselben Abteilung des Landeskriminalamtes – des polizeilichen Staatsschutzes – den Satz „NSU: Staat und Nazis Hand und Hand“ aus dem Wandbild zensiert.

Die Personalien von Anwesenden wurden festgestellt. Zunächst behauptete die Polizei, das Bild sei ohne Erlaubnis der Hauseigentümer_innen angebracht worden. Die herbeigerufene Vertreterin der Wohnungsbaugenossenschaft bestätigte die ausdrückliche Genehmigung. Erst daraufhin begründete die Polizei ihre Maßnahmen mit dem § 90a (Verunglimpfung des Staates) – wegen diesem werde jetzt ermittelt. Die Polizei verlangte, die Zensur am Bild selbst vorzunehmen und die strittige Passage zu übermalen. Als keiner der polizeilichen Aufforderung nachkam, konnte auch ein herbeigeeilter Anwalt nicht verhindern, dass die Polizei eine Drehleiter der Berliner Feuerwehr anforderte.

Das Bündnis gegen Rassismus und Allmende e.V. werden sich nicht zum Schweigen bringen lassen. Wir kämpfen weiterhin gegen Rassismus und ebenso gegen die Repression gegen uns und unsere politische Arbeit. Wir fordern die Einstellung der Verfolgung Unschuldiger und ein Ende der Kriminalisierung antirassistischer Arbeit!

Pressemitteilung des Bündnisses gegen Rassismus und Allmende e.V. vom 3.6.2014 ■

Einbußen der NPD im Nordosten Stimmenzuwachs für die NPD in Thüringen

Das nennt man dann wohl Absturz: Die NPD fiel bei den **Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern** von 5,4 auf 3,2 Prozent – flächendeckend wurde in sechs Landkreisen und in der kreisfreien Stadt Rostock verloren. Aus zuvor 26 Mandaten wurden nunmehr 17. In der Landeshauptstadt Schwerin war es bereits vor dem Gang an die Wahlurne ein Offenbarungseid, als es nicht einmal für eine Kandidatur reichte. Andernorts hat wohl vor allem die AFD einen gehörigen Anteil an Protestwählern aus dem Reservoir der Nationaldemokraten abgezogen. Unterm Strich gaben 58 677 Wähler in dem nordöstlichen Bundesland der NPD ihre Stimme – ein immer noch besorgniserregender Anteil an Zuspruch und Wählerstamm, auf den die verfassungsfeindliche Partei baut.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald bleibt eine NPD-Hochburg. Dort gab es in kleinen Gemeinden ähnlich wie bei vorangegangenen Wahlen überproportional hohen Zuspruch für die NPD. In Blesewitz, Postlow und Neuenkirchen bekam die Partei einen Stimmenanteil von über 20 Prozent. Getarnte NPD-Wählervereinigungen in Torgelow, Strasburg und Ueckermünde (bnr.de berichtete) heimsten ebenfalls überdurchschnittliche Stimmenanteile ein. In Ueckermünde wurde die Liste „Wir von hier“ gar drittstärkste Kraft.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist in dem nordöstlichen Bundesland ab sofort auch kommunalpolitisch verankert. Es bleibt abzuwarten, wie sie sich künftig bei NPD-Anträgen und Initiativen verhält. Speziell in Rostock werden Teilen der Emporkömmlinge genau wie der Wählervereinigung „Unabhängige Bürger für Rostock“ rechtsgerichtete Tendenzen und eine Nähe ins entsprechende Milieu nachgesagt. AfD-Funktionär Holger Arppe distanzierte sich bereits von der NPD, muss sich künftig aber an seinen Worten und Taten messen lassen.

Bei der **Kommunalwahl in Thüringen** hat die rechtsextreme NPD in 16 Kreistagen oder Stadträten kreisfreier Städte Mandate erhalten. Damit sitzen landesweit voraussichtlich 31 NPD-Vertreter in den Kommunalparlamenten.

Das beste Ergebnis im Freistaat erzielte die NPD in ihrer Hochburg, der Stadt Eisenach, wo mit 8,3 Prozent gleich drei NPD-Kommunalpolitiker im Stadtrat vertreten sind. Auch im benachbarten Wartburgkreis und im Kreistag Saalfeld-Rudolstadt sitzen künftig drei NPD-Mitglieder in den Kreistagen, hier holte die Partei 5,9 und 6,1 Prozent der Stimmen.

In Erfurt konnte die NPD ihren Stimmanteil leicht steigern und ist voraussichtlich mit zwei Abgeordneten im Stadtrat der Landeshauptstadt vertreten. Noch einen Tag vor der Kommunalwahl hatten vor dem Erfurter Rathaus 250 Personen lautstark gegen eine Kundgebung der NPD protestiert, die demokratischen Parteien hatten währenddessen eine Pause bei der Wahlwerbung eingelegt und waren ebenfalls zum Protest vor das Rathaus gezogen.

Nach dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde hatte die NPD im Juni 2009 22 Mandate landesweit gewonnen, zwei entfielen auf die DVU und ein weiteres an das rechtsextreme „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“. Bereits 2009 feierte die NPD das Wahlergebnis als großen Erfolg auf dem Testlauf für die im selben Jahr stattfindende Landtagswahl, doch die Partei verpasste knapp den Einzug in das Landesparlament. Mit den aktuellen Ergebnissen kann die NPD ihre kommunale Verankerung jetzt weiter ausbauen und dürfte in ihrer langfristigen „Strategie der Machtergreifung“ in Thüringen nun gestärkt in den Wahlkampf zur Landtagswahl im September 2014 ziehen.

Quelle: Blick nach Rechts, 27.5.2014 ■

Aktionstag gegen die „Deutsche Stimme“

10 Uhr – 12 Uhr: „Neofaschismus in Deutschland“ – Die Ausstellung wandert! Mit Musik durch die Fußgängerzone / Start: Stadtmuseum Riesa, Poppitzer Platz 3, Riesa-Göhlis
10 Uhr – 18 Uhr: nonpd – Wir informieren – Infostände und Ausstellung zum Thema Neofaschismus vor dem Capitol-Kino / Hauptstr. 72a
12 Uhr: Antifaschistische Demonstration: Auftaktkundgebung – Rostocker Straße/Riesapark (Weida)
13 Uhr – 15 Uhr: Bis vor die Haustür! Demonstration bis zur Geschwister-Scholl-Straße – Direkt vor die Haustür der NPD!

Nazi-Propaganda stoppen!

Neonazi-Zeitungen an Kiosken sind eine Art Körperverletzung. Ihr Ziel ist die Verletzung der Würde, Freiheit und körperlichen Unversehrtheit anderer Menschen. Die „Deutsche Stimme“, die Parteizeitung der NPD, ist eines dieser Produkte. Der herausragende Verlag gehört dem NPD-Parteivorstand und dem NPD-Landesverband Sachsen und gibt außer der Zeitung zahlreiche weitere neofaschistische Schriften heraus und vertreibt auch sonst alles, was das Neonazi-Herz begehrt.

„Deutsche Stimme“ zumachen!

Verlag und Vertrieb nehmen deshalb eine zentrale Stelle im Geflecht aus NPD und militanten Neonazis ein,

Deutsche Stimme“ verstummen lassen!

Keine Ruhe für Nazis & Rassisten! Deutsche Stimme“ zumachen!

Der „Deutsche Stimme Verlag“ (DS) gibt monatlich die Parteizeitung der NPD und zahlreiche weitere neofaschistische Schriften heraus. Zudem beherbergt sein Sitz in der Riesaer Geschwister-Scholl-Straße mehrere NPD-Parteibüros, neben der Landesgeschäftstelle der NPD Sachsen, die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (JN), die Geschäftstelle des NPD-Kreisverband Meißen, das „Bürgerbüro“ des neonazistischen NPD Multifunktionärs Jürgen Gansel, MdL Sachsen, Pressesprecher des NPD-Landesverbandes Sachsen, Kreisrat des Kreises Meißen und Stadtrat in Riesa. Die Geschäftsführer des DS-Verlags sind Peter Schreiber, Vorsitzender der NPD im Kreistag Meißen, Europa-Kandididat der NPD Meißen und noch MdL Andreas Storr, der aus der militanten neonazistischen Kameradschaftstszene stammt und zuvor Mitglied des mittlerweile verbotenen „Bundes Heimattreuer Jugend“ war.

Der Standort in der Geschwister-Schollstraße 4, in einem ruhigen Wohn- und Gewerbegebiet muss also als ein neonazistisches „Kraftzentrum“ bezeichnet werden. Mit den Parteibüros an dieser Stelle ist es auch ein öffentlicher Anlaufpunkt der Parteifunktionäre, Gansel, Beier, Schreiber usw..

Keine Ruhe für Nazis & Rassisten!

Für Rassist_innen, Antisemit_innen und Neonazis darf es keine „ruhigen“ Rückzugsräume geben. Mit unserer Demonstration „direkt vor die Haustüre“ wollen wir die vermeintliche „Normalität“ der Neonazis in Riesa aufbrechen. Es kann keine friedliche Koexistenz mit den geistigen Brandstiftern geben. Auch das ist Ziel und Inhalt unserer Demonstration.

In Riesa glaubt die NPD einen ruhigen Platz gefunden zu haben, um von dort aus Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verbreiten zu können. Dazu gehört auch, dass zahlreiche NPD-Kader nach Riesa gezogen sind. Im Zuge der „Normalisierungsstrategie“ der NPD, also dem Versuch Neonazis und neonazistische Ideologie als ganz normale Bürger_innen und Faschismus als eine legitime Meinung im demokratischen Meinungsstreit zu etablieren, benehmen sich die Neonazis im Alltag in Riesa relativ „gesittet“. Große Teile der Stadt(-gesellschaft) spielen da leider mit. So wurde auf Intervention der NPD z. B. im vergangenen Jahr die Punkband „Feine Sahne Fischfilet“, die auf Einladung der Jugendbühne, organisiert von Jugendlichen des örtlichen Jugendzentrums „OT“, dort spielen sollten und wollten, wieder ausgeladen. Eine Veranstaltung der VVN-BdA unter dem Titel „Keine (Deutsche) Stimme für Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus“ Parteienvertreter_innen von SPD, LINKE und Grünen eingeladen hatte, um über „Die deutsche Stimme (DS)“ und neonazistische Umtriebe in Sachsen zu diskutieren, musste nach einer Intervention der NPD (im Internet) vom Stadtmuseum Riesa in ein Hotel verlegt werden, da „Parteiveranstaltungen“ in Riesa in öffentlichen Räumen nicht erlaubt seien – eine ungute defensive Praxis in vielen deutschen Kommunen gegenüber neonazistischen Parteien insbesondere der NPD: demokratischen Parteien und Vereinen wird der Zugang zu öffentlichen Räumen versagt, um dies auch der NPD verweigern zu können.

Um dieser Tatsache abzuhelfen, hat sich ein auch Aktionsbündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien gegründet. Ziel ist die Durchführung eines gemeinsamen Aktionstages am 21. Juni 2014, der den Protest vor die Haustür der NPD bringen wird. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Riesas, aber auch darüber hinaus, sollen ermutigt werden, sich gegen den DS-Verlag auszusprechen.

In Riesa glaubt die NPD einen ruhigen Platz gefunden zu haben, um von dort aus Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verbreiten zu können. Davon kann aber keine Rede sein. Wir bringen unseren Protest vor die Haustür der NPD.

Anschließend
Antifa-Konzert im U-Punkt mit „Feine Sahne Fischfilet“Punkrock aus Mecklenburg-Vorpommern

Frankreich:

„Wir sind die stärkste der Partei'n"?

Die französischen Neofaschisten sind im Höhenflug – und ziehen leider auch Wähler/inne/n unter gewerkschaftlich orientierten Lohnabhängigen an. Eine durch die Tageszeitung ‚L'Humanité' publizierte Umfrage zum Wahlverhalten von Gewerkschaftssympathisant/inn/en sorgt für Diskussionen. Unterdessen sind viele Reaktionen in Deutschland eher abwiegelnd, wie das Beispiel der deutschen Partnerkommunen von rechtsextrem regierten Rathäusern in Frankreich belegt...

Es ist selten genug: Ausnahmsweise ist man geneigt, aus progressiver Sicht dem deutschen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble einmal Recht zu geben. Am Dienstag, den 27. Mai 14 erklärte er in Berlin: „„Nicht nur unsere französischen Kollegen, sondern auch wir müssen uns Gedanken machen, welche Fehler wir gemacht haben, wenn ein Viertel der Wähler für eine nicht einfach rechtsgerichtete, sondern für eine faschistische Partei gestimmt hat." Das ist zwar insofern Heuchelei, als Schäuble wohl keine Kritik am deutschen Dominanzverhalten in der EU intendierte. Aber seine Charakterisierung des Front National (FN), der soeben knapp 25 Prozent der abgegebenen Stimmen bei den Europaparlamentswahlen in Frankreich erhalten hatte, hebt sich wohltuend von den inhaltsleeren Worthülsen ab, die die Partei als angeblich „populistisch" darstellen.

Die Nachricht scheint unterdessen beileibe nicht bei allen Parteifreunden Schäubles angekommen zu sein. Dies zeigte sich jüngst in den deutschen Partnerstädten jener französischen Kommunen, die seit den Rathauswahlen von Ende März d.J. nun rechtsextrem regiert werden. Der FN kontrolliert nun elf Rathäuser, und die meisten der betreffenden Städte und Gemeinden haben Partnerkommunen in Deutschland. Mehrere von ihnen signalisierten nach den Wahlsiegen der französischen Neofaschisten, dass absolute Normalität herrsche.

Triberg in Baden-Württemberg beispielsweise ist seit 51 Jahren mit Fréjus an der Côte d'Azur liiert. Dort regiert nun der 26jährige rechtsextreme Bürgermeister David Rachline, der in der Vergangenheit auch Kontakte zu dem antisemitischen Ideologen Dieudonné M'bala M'bala hielt. Der Triberger CDU-Bürgermeister Gallus Strobel sieht bislang keinen Grund, die Städtepartnerschaft in Frage zu stellen. Die Schwäbische Zeitung zitierte ihn Mitte April 14 mit folgenden Worten: „Außerdem hält der Bürgermeister den FN auch nicht für rechtsextrem, und konservativ zu wählen, sei legitim. Nach der Wahl hat der Bürgermeister seinem Amtskollegen schriftlich gratuliert, bald möchte er nach Frankreich fahren und sich ein eigenes Bild machen. Er werde die Partnerschaft mit allen Mitteln verteidigen."

Ähnlich fiel die Reaktion in Bad Wildbad aus, dessen Partnerstadt Cogolin einen FN-Bürgermeister mit absoluter Mehrheit ins Amt wählte. Dessen baden-württembergischer Amtskollege Klaus Mack „hat seinem neuen Kollegen gratuliert und für die Pflege der Städtepartnerschaft eine gute Zusammenarbeit angeboten." So schreibt es der Schwarzwälder Bote.

Hingegen bezog man im Rathaus von Heilbronn, ebenfalls in Baden-Württemberg gelegen, eine offenere Position gegenüber dem FN-regierten Béziers: „Ob die politischen Verhältnisse in Béziers sich auf die offiziellen Beziehungen auswirken, das wird die Zukunft zeigen."

In Belgien und Luxemburg hingegen kündigten drei Kommunen – Farciennes, Avron und Diekirch – ihre Partnerschaft mit nunmehr rechtsextrem regierten Kommunen in Frankreich fristlos auf.

Die SPD-regierte Stadt Herne im Ruhrgebiet will ihre Verbindung zu Hénin-Beaumont, dessen neuer Bürgermeister der Generalsekretär des FN – Steeve Briois – ist, ihrerseits „überprüfen". Eine offizielle Entscheidung dazu steht noch aus; die SPD-Fraktion im Stadtrat wünscht jedoch jedenfalls nicht an den, in Kürze stattfindenden Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft teilzunehmen. Eine ähnliche Linie fuhr im Zeitraum zwischen 1997 und 2002, als die rechtsextreme Bürgermeisterin Catherine Mégret die Marseiller Trabantenstadt Vitrolles regierte, die Stadt Mörfelden-Walldorf (in der Nähe von Frankfurt/Main). Sie fror – mit einer eindeutig politisch-antirassistischen Begründung – alle Beziehungen zu Vitrolles auf der offiziellen Ebene ein, hielt jedoch gleichzeitig den Austausch von Schüler/innen und andere zivilgesellschaftlichen Kontakte aufrecht. Dieses Verhalten in der jüngeren Geschichte könnte eventuell als Vorbild dienen.

Unangenehme Normalität?

Auch in weiten Teilen Frankreichs wird unterdessen Normalität signalisiert, während die extreme Rechte ihren größten historischen Erfolg seit dem Zweiten Weltkrieg feiern konnte. Die etablierten Parteien wursteln genau so weiter wie bisher auch: Der sozialdemokratische Präsident François Hollande und sein Premierminister Manuel Valls erklärten am Tag nach der Europaparlamentswahl, sie könnten ihren „Reformkurs" nur bestätigen. Also jene wirtschaftsliberale Politik, die nicht einmal mehr in Ansätzen als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann, 41 Milliarden Euro Steuergeschenke an die Unternehmen mit dem Exekutieren von „Sparzwängen" kombiniert – und aufgrund derer die Linkswählerschaft desorientiert ist oder bei Abstimmungen zu Hause bleibt.

Die konservativ-wirtschaftsliberale UMP ihrerseits ist tief in unglaubliche Korruptionsaffären und Machtkämpfe verstrickt. Am Abend nach der Europawahl sah Ex-Premierminister François Fillon sogar ihr Überleben als Partei infrage gestellt. Nunmehr übernahm er allerdings mit zwei anderen früheren Regierungschefs zusammen den Interimsvorsitz (bis zum geplanten Parteitag am 12. Oktober d.J.), nachdem der Parteivorsitzende Jean-François Copé seinen Hut nehmen bzw. auffressen musste. Währenddessen feuern die Anhänger des früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy, die dessen „Rückkehr" für das Wahljahr 2017 vorbereiten möchten, bereits die ersten Schüsse auf die neue Interimsführung ab und wollen die provisorische Leitung lieber eigenen Leuten wie Ex-Bildungsminister Luc Chatel zuschanzen.

Die etablierten Parteiapparate verhalten sich jedenfalls, als bestünde keinerlei rechtsextreme Gefahr, oder sind zu einem Gegensteuern gar nicht mehr in der Lage. Unterdessen ergab eine am 6. Juni 14 publizierte Umfrage, dass 65 % der Französinnen und Franzosen sich eine „Auflösung" der UMP und ihre Ersetzung durch eine „andere Oppositionspartei" wünschten. Dieselbe Umfrage ergab ebenfalls, dass der stärkste Anteil der Befragten (34 %) den Front National als „wichtigste Oppositionskraft" gegen die amtierende Regierung benennt; nur 14 % nennen die UMP. Im Mai 2013 waren es noch 21 %, welche die UMP nannten, und 19 % bezeichneten damals den FN.

Dennoch ist die Situation widersprüchlich: In einer Umfrage, die am Dienstag und Mittwoch nach der Europaparlamentswahl (d.J. 26. und 27. Mai 14) durchgeführt wurde, erklären 65 Prozent der befragten Französinnen und Franzosen, das jüngste Abschneiden des FN sei „beunruhigend" für die Demokratie im Lande. Gleichzeitig erklären jedoch 53 Prozent, der FN sei eine normale „Partei wie jede andere auch" – dieselbe Antwort erzielte jedoch noch nach den Kommunalwahlen eine um fünf Prozentpunkt höhere Zustimmung. Die widersprüchlichen Aussagen belegen, dass es eben immer auch darauf ankommt, wie die Frage gerade formuliert worden ist.

Sicherlich muss man vermeiden, der Propaganda des Front National in eigener Sache auf den Leim zu gehen. Er bezeichnet sich nun lautstark landauf, landab immer wieder als „stärkste Partei in Frankreich". Schon vor dem Wahltag am 25. Mai

14 hatte er entsprechende Plakate drucken lassen – mit der Aufschrift „Erste Partei Frankreichs“ –, die auffällig im Hintergrund prangten, als seine Chefin Marine Le Pen in der Wahlnacht vor die Kameras trat. Von einer solchen Situation ist er jedoch, trotz seinem ersten Platz bei den Europaparlamentswahlen, noch weit entfernt. Elf Rathäuser stellen nur einen Bruchteil der französischen Kommunalregierungen dar – Frankreich weist 36.000 Gemeinden auf, davon werden 3.000 von parteigebundenen Bürgermeistern regiert, die kleineren Kommunen dagegen von parteifreien Listen. Zu Jahresanfang beanspruchte die rechtsextreme Partei offiziell, 74.000 Mitglieder zu haben. Die Erfahrung lehrt, dass der FN in der Vergangenheit regelmäßig gut halb so viele Mitglieder aufwies, wie er in der Öffentlichkeit angab. Nun wird er zweifellos seine neu errungene „Glaubwürdigkeit“ als Partei mit realen Erfolgschancen nutzen, um zu rekrutieren und die erheblichen Löcher in seiner Personaldecke – vor allem landesweit in der Fläche – aufzufüllen.

Die Wählerschaft des FN weist eine überdurchschnittliche Repräsentation der sozialen Unterklassen auf. Marine Le Pen hat nicht einmal Unrecht, wenn sie in ihrem SPIEGEL-Interview in der Ausgabe vom 2. Juni 14 unterstreicht, der Unterschied zwischen ihrer Partei und der AfD (Alternative für Deutschland) liege im stärker elitären Charakter der letztgenannten Kraft. Auch der FN war noch in den 1980er Jahren vor allem eine Partei radikalisierter Mittelklassen und Kleinbürger, die sich von der bürgerlichen Rechten ablösten – unter anderem weil sie als Kleinunternehmer, Ladenbesitzer oder Selbständige durch die wachsende Kapitalkonzentration wirtschaftlich den Verlust ihrer Existenz fürchten mussten. Anders als die britische UKIP oder die deutsche AfD hat der Front National jedoch in den Jahren um 1990 einen tiefgreifenden Wandel in Diskurs und Programmatik vollzogen, eine Art „national-soziale Wende“.

FN ungleich AfD

Ausgehend von der Prognose, mit dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion der UdSSR vollziehe sich „der Tod des Marxismus“ und überhaupt jeglicher linker Alternative, baute der FN darauf, nun als „Fundamentalopposition gegen das System“ punkten zu können. Dadurch glaubte er, seine bisherige Wählerschaft verdoppeln zu können: Nachdem er bis dahin eher radikalisierte konservative Mittelklassen anzog, setzte er nun darauf, nochmals zehn bis fünfzehn Prozent der Wählerschaft von der Linken abziehen zu können. Dadurch glaubte er, in eine Position zu kommen, von welcher aus er die Machtfrage stellen könne. Bislang ist diese Rechnung nur unvollständig aufgegangen. Beide unterschiedlichen Wählerschaften, die er anspricht, gleichzeitig zu gewinnen und dauerhaft zu behalten – dies erwies sich bislang für den FN als schwierig, da beide nicht auf denselben Diskurs reagieren.

Derzeit sind es deswegen eher die Unterklassenwähler, die beim FN überrepräsentiert sind, während die reaktionären Mittelständler oft eher zu den konservativen Parteien zurückkehrten. Anders sieht die Verteilung wiederum in der aktiven Mitgliedschaft aus, wo zumindest in den Großstädten eher Mitteklassenangehörige den Ton angeben.

Besonders beeindruckend fiel bei den jüngsten Europaparlamentswahlen das Abschneiden des FN in bestimmten sozialen Gruppen aus. Allerdings ist insofern Vorsicht geboten, als die Statistiken durch die hohe Wahlenthaltung – im Landesdurchschnitt betrug sie laut Endergebnis genau 57,57 Prozent – verzerrt werden. Bei der jüngsten Europawahl erhielt der FN 4,7 Millionen Stimmen, was einen Rekordwert bei Wahlen dieses Typs darstellt, allerdings erheblich unter den 6,4 Millionen bei der Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren liegt. Damals entsprach dieses Ergebnis einem Anteil von knapp 18 Prozent.

Glaubt man den Statistiken, so wurde in der jüngeren Generation – mit 30 Prozent der Wähler/innen im Alter zwischen 18 und 35 (in der vergangenen Ausgabe schrieben wir fälschlich „der unter 30-Jährigen“, es muss richtig lauten: „der unter 35-Jährigen“- – und in der Arbeiterschaft, mit 43 Prozent der Stimmen, besonders stark rechtsextrem gewählt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in den selben gesellschaftlichen Gruppen auch eine noch erheblich höhere Enthaltung als im Durchschnitt zu beobachten war, und dass ein Teil der Arbeiterschaft zudem keine französische Staatsbürgerschaft aufweist. Dennoch können diese Zahlen nicht beruhigen. →

Nachtrag zur letzten Ausgabe (AN Nr. 11/14), Seiten 1 und 3 – Zu Belgien & Holland

Am Montag nach den Europaparlamentswahlen, dem 26.5.14, litt Belgien unter einer Computerpanne, welche die Verkündung der Wahlergebnisse um fast einen Tag verzögerte. Dies war besonders ärgerlich, da an jenem Wahlsonntag in Belgien gleichzeitig Regionalparlaments-, nationale Parlaments- und Europaparlamentswahlen stattfanden. Aus dem o.g. Grund konnten wir in unserer vorigen Ausgabe, die am selben Montag Redaktionsschluss hatte, noch kein verlässliches Ergebnis für die belgische rechtsextreme Partei Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse“) referieren.

Dies sei nun hiermit nachgetragen: Bei der diesjährigen Europaparlamentswahl erhielt der VB, im Durchschnittsergebnis für ganz Belgien, 4,14 % der Stimmen (statt 9,85 % bei der vorherigen Wahl im Juni 2009). Damit behält er einen Sitz im Europaparlament. Im niederländischsprachigen Großwahlkreis sind es bei der diesjährigen Wahl 6,76 %; gegenüber 15,88 % bei der EP-Wahl von 20091.

Bei der Regionalparlamentswahl in Nordbelgien/Flandern erhält der VB in diesem Jahr 5,92 % der Stimmen – ein herber Verlust im Vergleich zu den 15,28 %, welche er noch am 7. Juni 2009 dort erzielen konnte. Und bei deR nationalen Parlamentswahl erzielt der VB im gesamtbelgischen Ergebnis 3,7 % der Stimmen, statt zuvor 7,8 % (bei der Wahl am 13. Juni 2010). Dadurch behält er dort drei Mandate, statt bislang zwölf. Er verliert dadurch den Fraktionsstatus.

Riesige Wahlgewinnerin ist in allen drei Fällen die „Neue Flämische Allianz“ N-VA. Diese ist eine rechte nationalistische Partei, welche für eine (weitgehende) Eigenstaatlichkeit Flanderns – des niederländischen Nordbelgien – eintritt, im Unterschied zum Vlaams Belang jedoch keinerlei unmittelbar faschistische Wurzeln aufweist. Die nationalistisch-konservative Partei erhielt bei den gesamtbelgischen Parlamentswahlen 20,3 % im belgienweiten Durchschnitt (gegenüber 2010: plus 2,9 %), bei der Regionalparlamentswahl in Flandern 31,88 % (statt 13,06 % im Juni 2009, als ihr Siegeszug noch erst begann). Und bei der Europaparlamentswahl 2014 sind es im niederländischsprachigen Großwahlkreis in Nordbelgien 26,67 % der abgegebenen Stimmen; statt 9,88 % bei der letzten EP-Wahl am 7. Juni 2009.

Infolge der gesammelten Wahlergebnisse trat der bisherige VB-Vorsitzende Gerolf Annemans von seinem Amt zurück. Der „starke Mann“ der rechtsextremen flämischen Partei, Filip Dewinter – einer ihrer drei verbliebenen Abgeordneten im belgischen Bundesparlament – erklärte, er stehe für die Wahl des künftigen Vorsitzenden im Oktober 2014 nicht zur Verfügung. Stattdessen konzentriere er sich lieber auf sein Amt als Oppositionsführer im Stadtparlament von Antwerpen. Unterdessen wurde der Antwerpener Bürgermeister Bart de Wever, Chef der N-VA, vom belgischen König mit der Regierungsbildung in Brüssel beauftragt.

Ansonsten hat die aufmerksame Leserin sicherlich unseren, der Eile geschuldeten, Schnitzer auf S. 3 in den AN 11/2014 von selbst korrigiert: Selbstverständlich ist es falsch, wenn dort – in der mittleren Spalte unten – steht, dass die niederländische PVV von Geert Wilders sich in der Opposition zum Teil „resignieren“ konnte. Doch richtig hätte es lauten müssen: „In der Opposition konnte die Partei sich zwar regenerieren...“ *bhs, Paris* ■

1 Vgl. http://resultats.rtbf.be/fr/eur/ results/results_graph_EUL12025.html

Jean-Marie Le Pen löst Aufruhr aus

Bislang ging es noch als Arbeitsteilung durch: Beim französischen Front National (FN) war der Parteigründer und „Ehrenvorsitzende“ Jean-Marie Le Pen für die rassistischen oder antisemitischen Ausfälle zuständig, seine Tochter und Nachfolgerin im Parteivorsitz – Marine Le Pen – hingegen für die „respektable“ Außenfassade. Seit ihrem Antritt als Vorsitzende (Januar 2011) distanzierte die Partei sich offiziell von jeglichem offenen Antisemitismus. Unter ihrem Vater als Parteichef (1972-2011) war hingegen Antisemitismus im Subtext sichtlich präsent.

Am Freitag, den 6.6.14 publizierte Jean-Marie Le Pen eine seiner berüchtigten Videobotschaften im Internet. Dieses Mal schlug er übermäßig über die Stränge. Über den FN-kritischen Sänger Patrick Bruel äußerte er: „Beim nächsten Mal machen wir ‚une fournée’ aus ihm.“ Dies bedeutet wörtlich „eine Ofenladung, eine Ofenfüllung“, auch wenn dem Ausdruck auch eine übertragene Bedeutung zukommt, im Sinne von „jemanden in einem Zug wegputzen“. Die jüdische Herkunft Bruels ist allgemein bekannt, und vor diesem Hintergrund war die Anspielung auf die Verbrennungsöfen in den NS-Vernichtungslagern nur allzu offenkundig. Le Pen senior hatte bereits 1988 sein berüchtigtes Wortspiel „durafour-crématoire“ gestartet: Michel Durafour war der Name eines jüdischstämmigen liberalen Ministers, und four-crématoire bedeutet „Verbrennungsofen“.

Dieses Mal wurde es auch einigen Parteioberen zu viel: Marine Le Pen sprach von einer „politischen Verfehlung“ – allerdings nicht aufgrund von Antisemitismus, sondern weil ihr Vater die angeblich böswillige Interpretation des Ausspruchs durch seine Gegner „nicht vorausgesehen hat“. Ihr Vizevorsitzender und Lebensgefährte Louis Aliot sprach von einer Dummheit, und der FN-Parlamentsabgeordnete Gilbert Collard riet dem Alten, nun endlich in Rente zu gehen. (Le Pen senior wird am 20. Juni dieses Jahres 86.) Jean-Marie Le Pen giftete zurück, die böswillige Auslegung seines Ausspruchs aus den eigenen Reihen sei „ein bisschen Verrat“, und seine Kritiker seien dämlich.

BS, Paris ■

Bei der deutschen NPD während ihrer ersten Erfolgswelle von 1966 bis 69 lagen die Proportionen etwa ziemlich umgekehrt: Jugend und Arbeiterschaft erwiesen sich damals als relativ stabile Bastionen gegen den Einfluss der damals starken NPD.

Aber wie in anderen europäischen Ländern, etwa Österreich oder Dänemark, hat seitdem auch in Frankreich ein massiver Einbruch der extremen Rechten in die Arbeiterwählerschaft stattgefunden. Das Ende der parteikommunistischen Alternative, jedenfalls sofern sie als Trägerin eines anderen Systems auftrat, und die Bekehrung der Sozialdemokratie zu marktliberalen Dogmen erleichterten dies erheblich. Die Jugend hingegen erscheint relativ stark gespalten und polarisiert. Die ersten Protestdemonstrationen, die am Donnerstag, den 29. Mai 14 – auch in Frankreich war Feiertag – stattfanden, waren ganz überwiegend von Jugendlichen, Oberschülerinnen und Studierenden getragen. Rund 10.000 Menschen protestieren in verschiedenen Städten, davon gut 4.000 in Paris, was jedoch noch ein vergleichsweise zaghafter Anfang ist: Im Frühjahr 2002 demonstrierten anderthalb Millionen gegen den Einzug Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft. Am Samstag, den 7. Juni fanden, zum einjährigen Todestag des getöteten französischen Antifaschisten Clément Méric, neue Proteste statt. In Paris demonstrierten aus diesem Anlass rund 3.500 Personen, begleitet von mehreren hundert Polizisten.

Wahlverhalten der Lohnabhängigen und Gewerkschaftssympathien

Besonders brisant scheinen die Ergebnisse einer Umfrage zum Wahlverhalten gewerkschaftlich orientierter Lohnabhängiger, die am Mittwoch, den 27.5.14 durch die KP-nahe Tageszeitung ‚L’Humanité’ publik wurde. Ihre Resultate sind sicherlich mit großer Vorsicht auszuwerten: Einerseits wird bei den Befragten nicht ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft überprüft, sondern lediglich die subjektive und selbsterklärte „Nähe zu einer Gewerkschaft“ abgefragt.

Zum Anderen ist es auch hier so, dass am vorletzten Sonntag die Stimmenthaltung die mit Abstand stärkste Partei darstellte. (Unter den „gewerkschaftsnahen“ Lohnabhängigen betrug die Stimmenthaltung 53 % – und lag damit unterhalb des Durchschnitts –, unter den „nicht gewerkschaftlich orientierten“ abhängig Beschäftigten lag sie dagegen bei weit überdurchschnittlichen 69 %.)

Dennoch sind die Ergebnisse insofern aussagekräftig, als bei jeder Wahl seit mindestens 1995 dieselbe Befragung nach demselben Strickmuster durchgeführt wird, so dass zumindest Vergleiche von einem Ergebnis zum anderen angestellt werden können.

Die diesjährigen Resultate sind frappierend. Bislang wiesen zwar die – selbsterklärten – Gewerkschaftssympathisanten bei den eher rechten Beschäftigtenorganisationen wie dem christlichen Gewerkschaftsbund CFTC oder der historisch antikommunistisch geprägten FO hohe Anteile von rechtsextrem Stimmenden auf. Um die zwanzig Prozent waren hier seit Jahren die Regel.

Doch eher links eingestufte Gewerkschaften, wie die Bildungsgewerkschaft FSU oder der Zusammenschluss alternativer Basisgewerkschaften (vom Typ SUD), also die Union syndicale Solidaires, waren davon nur in geringem Ausmaß berührt.

Am Wahlsonntag stimmten jedoch 27 Prozent derer, die eine – wie vage auch immer – Sympathie für SUD/Solidaires angaben und die nicht zu Hause blieben, für den Front National. Bei den selbsterklärten Sympathisanten der „postkommunistischen“ CGT sind es 22, bei FO 33 und bei den „nicht gewerkschaftlich orientierten“ Lohnabhängigen 34 Prozent. Hingegen schneidet die konservativ-wirtschaftsliberale UMP überall als Splitterpartei ab; unter den Anhänger/inne/n der Union syndicale Solidaires erhielt sie demnach 2 % der Stimmen, unter denen der CGT 3 %, bei den nicht gewerkschaftlich orientierten Lohnabhängigen hingegen immerhin 17 %.

Die Union syndicale Solidaires reagierte durch die Veröffentlichung eines Kommuniqués, in welchem sie (zum Teil zu Recht) die Methode der Umfrage kritisierte. Diese Umfrage, die durch das Meinungsforschungsinstitut IFOP im Auftrag der Tageszeitung ‚L’Humanité‘ durchgeführt wurde, weist tatsächlich nur begrenzte Aussagekraft auf, aus den oben angeführten Gründen. Zumindest in den grundlegenden Proportionen sind ihre Aussagen hingegen durchaus glaubwürdig, in dem Sinne, dass sie reale Tendenzen aufzeigen.

Trotz allem kann der Verweis auf diese methodischen Grenzen absolut nicht genügen, und Beruhigung wäre wirklich fehl am Platze…

Eine Art Querfront existiert somit zumindest in vielen Köpfen. Bislang kaum oder gar nicht in den Organisationen: In Frankreich prägt die Links-Rechts-Spaltung bislang, weitaus stärker als etwa in Deutschland, das soziale und politische Leben bis in den Alltag hinein. Aber wenn die eigene soziale Basis, an die man sich etwa bei Betriebsratswahlen wendet, in relevanten Teilen so wählt, dann können davon die Organisationen auf Dauer nicht unberührt bleiben. Und sei es nur, dass sie sich immer weniger trauen, Themen wie den Kampf gegen Rassismus aufzugreifen, den bislang die Mehrzahl der französischen Gewerkschaften deutlich mittrug.

Bernhard Schmid, Paris ■

Europäische Rechtsextreme versammeln sich mit russischen Nationalideologen: FN, FPÖ, Ataka...

Der Titel, den die schweizerische Zeitung gewählt hatte, fiel reißerisch aus. Die Tatsachen, über die sie berichtete, waren deswegen nicht minder schwerwiegend. Unter der Überschrift „Gipfeltreffen mit Putins fünfter Kolonne“ berichtete der ‚Tagesanzeiger’ am 3. Juni 2014 über eine Zusammenkunft in Wien, welche am Samstag, den 31. Mai 14 stattgefunden hatte. Ihr Stattfinden, im Wiener Stadtpalais des Fürsten Liechtenstein, war im Vorfeld geheim gehalten worden. Rund 100 geladene Gäste kamen.

An ihr nahm als wohl prominentester Gast der faschistoide Ideologe eines russischen Neonationalismus, Alexander Dugin – Begründer der „Nationalbolschewistischen Partei Russlands“ und der „Eurasischen Bewegung“, er steht unter starkem Einfluss der französischen „Neuen Rechten“ unter Alain de Benoist mit ihren Vorstellungen von „Geopolitik“ – teil. An seiner Seite waren u.a. Adelige aus Russland und Georgien, der schwülstig-patriotische russische Maler Ilja Glasunow und kroatische Rechtsextreme. Von Dugin stammt u.a. der Ausspruch: „Das Dritte Rom, das Dritte Reich und die Dritte Internationale“ – also kurz gefasst: das orthodoxe Christentum, Hitler und Stalin – „müssen sich im Kampf gegen die moderne Welt zusammenschließen.“ Gegenwärtig hat er mit seinen „Eurasien“-Konzepten einen nicht geringen Einfluss auf die russischen Machthaber und Medien, er lässt sich bis hinein in manche Ansprachen von Oberdemokrat Wladimir Putin ablesen.

Doch mit von der Partei waren auch der Chef der österreichischen FPÖ, Heinz-Christian Strache (ihm soll der Tagungsleiter der Zusammenkunft, der russische Oligarch Konstantin Malofeew, das Fotografieren mit seinem Handy untersagt haben) und dessen Wiener Parteifreund John Gudenus. Auch der frischgebackene Europaparlamentarier des französischen Front National/FN und „Geopolitiker“, Aymeric Chauprade, und die französische Nationalabgeordnete des FN Marion Maréchal-Le Pen, der belgische „Nationalbolschewist“ Luc Michel und der Chef der bulgarischen rechtsextremen Partei Ataka, Wollen Siderow. Gemeinsam berieten sie u.a. darüber, wie (nach der Wortwahl der Organisatoren) Europa dank des segensreichen Wirkens Russlands „vor der Homosexuellenlobby gerettet“ und vor anderen satanischen Einflüssen bewahrt werden könne. Offizielles Thema war jedoch der 200. Jahrestag der „Heiligen Allianz“, welche 1814/15 auf dem Wiener Kongress versuchte, die durch die Französische Revolution ausgelöste Entwicklung in Europa – nach dem Sieg über Napoléon I. – zurückzudrehen.

Für das Nachfolgetreffen der Tagung vom 31.5.14 wurde als Austragungsort Moskau im Januar 2015 vereinbart. Ein Teilnehmer hatte die Krim vorgeschlagen, doch andere wandten ein, dort sei es im Januar zu feucht und zu ungemütlich.

BS, Paris ■

Antisemitische Cyberhetze in Spanien

Bei Bedrohungen und Hassäußerungen auf Onlineplattformen wird in Spanien mit zweierlei Maß gemessen: Wegen vermeintlicher Verherrlichung von Anschlägen der ETA und Todeswünschen gegen PolitikerInnen der Regierungspartei PP wurden Ende April 21 Twitterende und Bloggende bei einer Razzia verhaftet, bei Todeswünschen gegen Juden und Verherrlichung der Shoah mussten jetzt erst jüdische Organisationen Strafanzeige stellen, damit Staatsanwaltschaft und Polizei zu ermitteln begannen.

In einer Welle von Hass-Tweets und Threats hat sich der in Spanien weitverbreitete Antisemitismus nach einer Niederlage von Real Madrid im Basketballfinale der Final Four Europaliga gegen Maccabi Electra Tel Aviv am 18. Mai geäußert. Die Spielberichterstattung war wie üblich martialisch formuliert, aber ohne Diffamierungen. Als „gelbe Hölle“ titulierte etwa El País die Atmosphäre im Stadion in Anspielung auf die von den zahlreichen, lautstarken Fans getragene Vereinsfarbe von Maccabi[1]. Nach Spielende entwickelte sich am 19. Mai der Hashtag #putosjudios, wörtlich übersetzt: jüdische Stricher, Bedeutung etwa: verdammte Juden, zum Trending topic in Spanien. 17692 Tweets wurden mit dem Hashtag #putosjudios gesendet. Darunter viele von Usern mit mehr als 1000 Followern. Während in Tel Aviv unüberhörbar der Sieg von Maccabi freudig bejubelt wurde, setzte der User @rdereckless folgenden Tweet ab: „Dem Maccabi sollte nach dem Spiel eine Dusche zukommen … aber hoffentlich in der Gaskammer“, der von 41 anderen Usern weiterverbreitet wurde. @rdereckless hat seinen Twitter-Account mit einem Porträtfoto versehen, auf dem ein etwa 20-jähriger Langhaariger schüchtern in die Kamera schaut.

„Jetzt verstehe ich Hitler und seinen Hass auf die Juden“ twitterte Guillermo de Alcázar, auf seinem Porträtfoto posiert ein Jungerwachsener mit Sportrad und Madrid-Trikot. „Juden in die Gaskammer – vorwärts Madrid“ meinte Victor Guerrero Fernández, während eine Sara, auf ihrem Porträtfoto mit einem Madrid-Fußballtrikot bekleidet, erklärte: „Die nervenden Juden. Mit Hitler wäre das nicht passiert“. Sergio de Frutos tweetete „Juden, ihr könnt kommen und wir feiern dass mein Kollege euch auf eine Liste setzt und gratis in den Ofen schiebt“, dazu ein Foto mit einem Offizier der NS-Wehrmacht.

Fünf Tweets von fünf Usern, deren Identität feststellbar ist. Und die deshalb namentlich angezeigt wurden von elf Organisationen aus Katalonien: Jüdische, Israelsolidarische und Antisemitismusbekämpfende. Einen Tag nach der Welle von hasserfüllten Tweets gaben sie am 20. Mai ihre Anzeige öffentlichkeitswirksam bei der Staatsanwaltschaft ab. Auf der vorangegangenen Pressekonferenz erklärte Uriel Benguigui, Vorsitzender der Israelischen Gemeinschaft von Barcelona, die spanischen Juden hätten zulange dem „offenkundigen Antisemitismus“, welcher in der Gesellschaft vorherrsche, zugeschaut. Aber nach der Welle antijüdischer Äußerungen würden jetzt viele sagen: Es reicht! Antoni Florido von der Katalanischen Vereinigung der Freunde Israels pflichtete ihm bei: „Gegenüber diesem Diskurs des Hasses muss die Gesellschaft reagieren“. Das wäre etwas Neues – einige User haben, nachdem für sie überraschend eine Anzeige gegen die Tweets unter dem Hashtag #putosjudios vorbereitet wurde, ihre Äußerungen zurückgenommen. Andere bekräftigten dagegen ihre antisemitischen Tweets, neben dem Hashtag #putosjudios tauchte dabei öfter

ein zweiter auf: #putoscatalanes, verdammte Katalanen. Weil die anzeigenstellenden Organisationen aus Katalonien kommen, einer spanischen Region mit starken separatistischen Tendenzen, wurden sie durch die tweetenden geistigen Hooligans gleich doppelt aus der vermeintlich stolzen spanischen Nation ausgegrenzt: Als Juden und als Katalanen.

Antisemitismus ist in vielen Tweets verwoben mit einem aggressiven spanischen Nationalismus, der auf die reaktionäre spanische Tradition bis zur Reconquista zurückreicht, als Christen, welche, eine vermeintlich rassische Reinheit ihres Blutes beschwörend, keine maurischen oder jüdischen Vorfahren zu haben, die arabischen Kalifate von Al Andalus aus Südspanien verjagten. Bis 1492 wurden die (sephardischen) Juden aus Spanien mit dem Schwert vertrieben. Für die sich daran anschließende jahrhundertelange Judenverfolgung und -diskriminierung in Spanien bis hin zur katholischen Inquisition, die es als eine ihrer Hauptaufgaben ansah, heimliche oder konvertierte Juden aufzuspüren und zu bestrafen, solle sich Spanien entschuldigen, wurde immer wieder gefordert, im Februar etwa vom Moskauer Rabbiner Pinchas Goldschmidt, dem Präsidenten der Konferenz Europäischer Rabbiner[2]. Im November 2012, bereits 520 Jahre nach ihrer Vertreibung, erhielten die sephardischen Juden immerhin vom spanischen Außenminister, José Manuel García-Margallo, und dem Justizminister, Alberto Ruiz-Gallardón, die öffentliche Zusage, dass sie ihre spanische Staatsangehörigkeit automatisch zurückbekommen könnten, wenn sie die Vertreibung ihrer Vorfahren nachweisen könnten[3].

Über die Anzeige wegen der antisemitischen Hass-Tweets wurde breit berichtet, der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz erklärte umgehend, dass Ermittlungen aufgenommen werden würden: so wie auch gegen die User ermittelt werde, die nach der Ermordung der Regionalpräsidentin Isabel Carrasco durch zwei von ihr enttäuschten Parteifreundinnen aus der konservativen Volkspartei PP[4] ihre Hoffnung auf weitere Morde an Regierungspolitikern geäußert haben: Zwei Jugendliche wurde binnen eines Tages nach entsprechenden Tweets verhaftet.

Ein solch promptes Eingreifen der Polizei hätten sich die Erstatter der Gemeinschaftsanzeige gegen die antisemitischen Tweets wohl auch gewünscht. Aber staatliche Stellen wurden nicht von sich aus tätig, wie auch der Sprecher der katalanischen Regionalregierung Generalitat, Francesc Homs, feststellen musste: Die Exekutive unter Präsident Mariano Rajoy würde bei Kommentaren in Online-Netzwerken zweierlei Maß anlegen: „Wenn es sie betrifft, nehmen sie es sofort wahr und verschärfen die Strafmaße, wenn nicht, schauen sie weg.“ Homs hob die Bedeutung der Meinungsfreiheit hervor, forderte aber: „Wenn es Exzesse gibt, muss gehandelt werden – egal ob es persönlich die Regierenden betrifft oder nicht“.

Ruben Novoa von Atid, der Jüdischen Gemeinschaft Kataloniens, der die Anzeige persönlich verantwortet, betont, ein staatliches Vorgehen sei möglich: „Die Anzeige enthält die Botschaften der fünf User, welche ihren Hass gegen Juden zeigen. Und ihre Namen und Anschriften. Es sind Botschaften, welche in einem Rechtsstaat nicht toleriert werden können.“

Der Generalstaatsanwalt Eduardo Torres-Dulce kündigte am 20. Mai unmittelbar nachdem die Anzeige öffentlichkeitswirksam erstattet worden war, an, jetzt werde „mit Nachdruck“ ermittelt. Die für Cyberkriminalität zuständige Staatsanwältin Elvira Tejada de la Fuente, habe begonnen, Daten zu sammeln.

Die über Tage hinweg folgenlosen Absichtserklärungen von Innenminister und Staatsanwaltschaft, nun aber gegen die antisemitischen Tweets aktiv werden zu wollen stehen in einem eklatanten Missverhältnis zur prompten und überzogenen Verfolgung von Tweets, in welchen Linke Politiker angeblich bedrohen und ETA verherrlichen würden.

So wird gegen die Schriftstellerin Almudena Montero ermittelt, eine bekannte Bloggerin, die angeblich zur Gewalt gegen den Staat aufgerufen habe. Einer der Tweets, der ihr zur Last gelegt wird, besteht aus einem Zitat von Antonio Gramsci.

Auch gegen die Userin Loba Roja, rote Wölfin, wurde 2013 aus dem gleichen Grund ermittelt. Sie wurde im Februar angeklagt und ging auf einen von den Richtern an der Audiencia Nacional, dem für Terror- und Drogendelikte zuständigen nationalen Gerichtshof vorgeschlagenen Vergleich ein: Ein Jahr Gefängnis statt möglicher zwei Jahre, ohne Prozess. Auch ihr wurden zahlreiche Tweets vorgeworfen, deren Inhalt den Straftatbestand der Verherrlichung des Terrorismus erfüllen würden. Einer davon bestand aus einem Zitat des uruguayischen Schriftstellers Mario Benedetti. Gegenüber der linken online-Zeitung Público erklärte Loba Roja, ihre Tweets seien Ausdruck ihren angesammelten Zorns. Sie beziehe sich wegen deren Ideologie auf die ehemalige antifranquistische Guerrilla „Gruppen des antifaschistischen Widerstands des 1. Oktober“ (GRAPO), sei „Marxistin-Leninistin, Atheistin, Republikanerin und Antifaschistin“. Und so habe sie die Freilassung des noch inhaftierten GRAPO-Mitgliedes Manuel Pérez Martínez gefordert und auch mal „Viva los GRAPO“ getwittert.

Drei Wochen vor der Welle antisemitischer Tweets fand eine in linken Medien auch als „Hexenjagd“ bezeichnete Razzia gegen angebliche Cyberkriminelle statt. Dabei verhaftete die paramilitärische Polizeitruppe Guardia Civil über ganz Spanien verstreut 21 Menschen zwischen 16 und 53 Jahre – diese „Operation Spinne” hatte wiederum ein Richter am Obersten Strafgerichtshof, der Audiencia Nacional in Madrid, angeordnet – angeblich zur Bekämpfung des vermeintlich ausufernden Cyberterrorismus. Die Verhafteten sollen auf Twitter und bei Facebook Terrorismus verherrlicht haben, konkret: Aktionen von ETA. Die Verhafteten kannten sich untereinander nicht, höchstens zufällig aus dem Internet.

Einer soll, laut Guardia Civil auf Twitter ein Foto des 1973 von ETA in die Luft gesprengten Admirals und faschistischen Ministerpräsidenten Carrrero Blanco mit der Bildunterschrift „Ich will fliegen!” veröffentlicht haben. Andere hätten getwittert: „Schade, dass es ETA nicht mehr gibt”. Bis zu zwölf Stunden wurden die Verhafteten verhört, am nächsten Tag wieder freigelassen – unter Meldeauflagen. Ihnen droht bei Anklage bis zu zwei Jahren Haft.

Während die Solidarität mit den 21 Verhafteten im Internet groß ist und ihre Kriminalisierung in allen sich radikal links verstehenden Onlinemedien entschieden zurückgewiesen wurde, schweigen die gleichen linken Onlinemedien jetzt bei der Hasswelle antisemitischer Tweets. Dort, wo #putosjudios doch Thema ist, wie bei der linken Onlinezeitung Público, tun sich in den üblichen Kommentaren der Lesenden Abgründe auf: Unter dem ersten Artikel vom 20. Mai, der die Hass-Tweets und die Anzeige gegen sie darstellt, standen drei Tage später 120 Postings, von denen es in 66 darum geht, den Antisemitismus zu bagatellisieren, oder, und dies ist am häufigsten: reflexhaft darauf zu verweisen, dass Juden ja hinter Israel stünden, und Israel ein rassistischer, völkermordener Fremdkörper im Nahen Osten sei[5] – die Juden seien selbst schuld. In einigen Posting wurde sich auch darüber aufgeregt, dass „Público“ unter dem Artikel die Anzeige der elf Organisationen als PDF online gestellt hat – mit Namen und Twitteraccounts der fünf namentlich bekannten Verfasserinnen antisemitischer Tweets. Diese gelinde gesagt Ignoranz gegenüber dem eliminatorischen Antisemitismus von #putosjudios kommt im klassischen linken Jargon daher. Und verdeutlicht, dass sich die gegen Antisemitismus wendenden Organisationen in Spanien auf die staatsferne Linke genauso wenig wie auf den Staat verlassen können.

Gaston Kirsche ■

Anmerkungen:
1 http://deportes.elpais.com/deportes/2014/05/18/actualidad/1400431646 _220785.html
2http://www.publico.es/internacional/502428/espana-debe-disculparse-ante-los-judios-dice-el-lider-de-los-rabinos-europeo
3 http://politica.elpais.com/politica/2012/11/22/actualidad/1353599231_756068.html
4http://jungle-world.com/artikel/2014/21/49912.html
5 http://www.publico.es/politica/521871/la-comunidad-judia-denuncia-a-17-500-perfiles-de-twitter-por-antisemitismo-tras-la-victoria-del-maccabi

Mindestens 23 000 Tote an EU-Außengrenzen seit 2000

Ein Zusammenschluss von Journalisten hat neue Zahlen zum Ausmaß des europäischen Flüchtlingsdramas vorgelegt. Demnach sind seit dem Jahr 2000 mindestens 23 000 Menschen bei ihren Einwanderungsversuchen nach Europa ums Leben gekommen oder gelten seither als vermisst. Vorherige Schätzungen gingen von 17 000 bis 19 000 Opfern seit den frühen 1990er Jahren aus.

Das Projekt „The Migrants Files" führt Auswertungen des Netzwerks „United for Intercultural Action", des Projekts „Fortress Europe" sowie Daten der Europäischen Kommission zusammen und analysiert laufend die Berichterstattung über Todesfälle und Vermisstenmeldungen. Bisher erheben weder die Behörden der europäischen Mitgliedstaaten noch die europäische Grenzschutzagentur Frontex Statistiken über die Todesfälle an Europas Außengrenzen.

Seitdem Frontex die Kontrollen an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei im Jahr 2011 verstärkt hat, ist die Zahl der Migranten auf dieser Route von 55 000 auf 12 000 im Jahr 2013 gefallen, während die Einwanderungsversuche auf dem gefährlicheren Seeweg zwischen der Türkei und Griechenland von 1500 auf über 11 000 gestiegen sind.

http://www.migration-info.de Mai '14 ■

60 Jahre bestehend – und noch staatenlos und leidend

London, Paris, Berlin – 28. Mai 2014

Mehr als fünfzig Organisationen der Zivilgesellschaft führen einen europaweiten Aufruf durch, um Gerechtigkeit und Würde für schätzungsweise 600 000 Staatenlose zu sichern, die heutzutage in Europa leben. Darunter befinden sich viele Migranten, die in einer rechtlichen Grauzone festsitzen. Die Forschung zeigt, dass diese „rechtlichen Geister" täglich durch schwerste Menschenrechtsverstöße gefährdet sind, von Armut hin zu Haft. Das Europäische Netzwerk über Staatenlosigkeit (European Network on Statelessness, ENS) hat jetzt eine Online-Petition initiiert, um europäische Führungspersonen aufzufordern, Staatenlose europaweit durch die Ratifizierung der diesbezüglichen VN-Konvention sowie der Umsetzung von angemessenen Schutzmaßnahmen und Verfahren zur Legalisierung zu schützen. Die Petition trifft zeitlich mit dem 60-jährigen Jubiläum der 1954er VN-Konvention über Staatenlosigkeit zusammen, und ist Teil einer größeren Kampagne, die ein breites Spektrum von Akteuren zusammenbringt. Die Kampagne gipfelt in einen europaweiten Aktionstag gegen Staatenlosigkeit am 14. Oktober 2014, dem Geburtstag von Hannah Arendt, an dem diese Petition europäischen Führungspersonen übergeben wird. Chris Nash, Koordinator des Europäischen Netzwerkes über Staatenlosigkeit sagt: „Staatenlose in Europa brauchen dringend unsere Hilfe.

Die Tatsache, dass noch schätzungsweise 600.000 Staatenlose heutzutage in Europa leben, beweist, dass Aktionen längst überfällig sind.

Die Ratifizierung von Konventionen ist ein wichtiger erster Schritt – die Einführung von Verfahren zur Identifizierung und Feststellung der Staatenlosigkeit muss aber folgen, da sie für die Hilfe für Staatenlose entscheidend sind, um ihr Leben wieder aufzubauen."

Quelle: Presseerklärung Europäisches Netzwerk – The European Network on Statelessness is a project of Asylum Aid Club Union House, 253-254 Upper Street, London N1 1RY, UK www.statelessness.eu ■

Kein Beleg für Missbrauch

Menschen aus Rumänien und Bulgarien nutzen Sozialsysteme nicht aus. Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, hat die Debatte um angeblichen Sozialmissbrauch von Zuwanderern aus Südosteuropa kritisiert. Ein massenhafter Missbrauch von Sozialleistungen sei „schlicht und ergreifend durch keine Auswertung und durch keine Zahlen belegbar", sagte Schmidt. 21 Prozent der zugewanderten Rumänen und Bulgaren verfügen nach Angaben des BAMF über eine akademische Berufsqualifikation. „Das scheint mir keine Armutszuwanderung zu sein", sagte Schmidt. 46 Prozent der Zuwanderer aus den beiden Ländern seien ungelernt. Der Anteil der Sozialleistungsempfänger aus diesen Ländern liege jedoch niedriger als der anderer Zuwanderergruppen. Zum gleichen Ergebnis kommt eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Die Mär vom Sozialtourismus": Im Januar waren demnach 7,4 Prozent der Rumänen Leistungsempfänger gemäß SGB-II – knapp weniger als die durchschnittliche Quote in Deutschland (7,5 Prozent); deutlich unter dem Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung insgesamt (16,2 Prozent). Rumänen sind mit 5,3 Prozent seltener arbeitslos als der Bevölkerungsdurchschnitt (6,7 Prozent) deutlich unter dem Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung (14,7 Prozent).

Für Rumänen und Bulgaren gilt seit dem 1. Januar 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland. Die CSU hatte deshalb zu Beginn des Jahres mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt" vor angeblichem Sozialleistungsmissbrauch durch Einwanderer aus diesen Ländern gewarnt und ein härteres Vorgehen gegen „Armutszuwanderung" gefordert. Die Bundesregierung hat daraufhin einen Maßnahmenkatalog gegen Sozialmissbrauch vorgelegt. Zu diesem zählt etwa eine Wiedereinreisesperre bei Rechtsmissbrauch sowie der erschwerte Bezug von Kindergeld und Familienleistungen.

Quelle: http://www.migration-info. Juni 2014 ■

Bundesweite Vernetzung gegen Abschiebungen

Jüngst haben sich in verschiedenen Städten neue Gruppen gegründet, die sich ganz konkret mit der Verhinderung von Abschiebungen und der Situation in den Abschiebeknästen auseinandersetzen wollen. Die massive Wellen von Dublin-Abschiebungen, aber auch die fast unangreifbare Praxis der Charterabschiebungen haben den Protest gegen Abschiebungen vor neue Herausforderungen gestellt. Daher ist es geboten, die bestehenden Anti-Abschiebe-Initiativen überregional zu vernetzen, um so Erfahrungen und Praktiken dauerhaft auszutauschen, Anfragen von Betroffenen zu koordinieren und die Strukturen zu stärken. Auf einem ersten Anti-Abschiebe-Vernetzungstreffen Anfang Mai haben Gruppen aus Berlin, Frankfurt, München, Würzburg, Dresden, Regensburg und Wien beschlossen, die bestehenden Strukturen neu auszurichten und auszubauen. Dafür ist es auf jeden Fall dringend nötig, dass sich weitere interessierte Gruppen an den „neuralgischen" Punkten des Abschiberegimes (Düsseldorf, Freiburg …) bereit erklären, Teil der Vernetzung zu werden! Außerdem wurde für den Herbst ein dezentraler Aktionstag gegen Abschiebeknäste und -flughäfen vereinbart. Ein Folgetreffen der Vernetzung wird Ende August auf dem NoDeportationCamp in Eisenhüttenstadt stattfinden. Seid dabei!

Bei Fragen zur Vernetzung wendet euch an vga@antira.info

Kompass Antira Newsletter Juni 2014 ■

Asylsuchende aus Abschiebungshaft entlassen!

BERLIN. „Die Anordnung von Abschiebungshaft gegen Asylsuchende und Flüchtlinge, die in einen anderen EU-Staat abgeschoben werden sollen, ist wegen fehlender Gesetzesgrundlage rechtswidrig. Alle Betroffenen müssen nun aus Abschiebungshaft entlassen werden!" fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, in Reaktion auf ein Urteil des Amtsgerichts Hannover (Az 43 XIV 36/14B). Jelpke weiter:

„Die Bundesregierung hat auf eine Schriftliche Frage von mir bereits eingeräumt, dass in der Bundesrepublik derzeit

keine eindeutige Rechtsgrundlage für eine Inhaftierung von Asylsuchenden besteht, die nach der Dublin III-Verordnung in einen anderen EU-Staat überstellt werden sollen. Nach ihrer Meinung könne aber nach den Regelungen für die Abschiebungshaft auch Überstellungshaft angeordnet werden.

Dem hat das Amtsgericht Hannover nun eindeutig widersprochen. Die Forderung der Dublin III-Verordnung, dass die EU-Staaten in nationaler Gesetzgebung Kriterien für die Anordnung von Überstellungshaft erlassen müssen, könne nicht einfach durch eine analoge Anwendung der Regelungen zur Abschiebungshaft umgangen werden. Ein weiteres Mal muss ein Gericht der Bundesregierung wesentliche Elemente von Rechtsstaatlichkeit ins Gedächtnis rufen. Bereits zuvor hatten Fachanwälte ebenso argumentiert. Nach ihren Schätzungen sind derzeit etwa 80-90 Prozent aller Insassen von Abschiebungshaftanstalten Asylsuchende, die auf ihre Überstellung in einen anderen EU-Staat warten, der für ihr Asylverfahren zuständig ist. Sie müssen nun umgehend aus der Haft entlassen werden." *www.ulla-jelpke.de 27.05.2014* ■

Ausländerbehörde tauft sich um

POTSDAM. Nicht nur die Gewerkschaften machen in der Migrationsdebatte das Konzept der Willkommenskultur stark: Die Potsdamer Ausländerbehörde wurde jetzt zur „Willkommensbehörde" umgetauft. Zwölf speziell geschulte Angestellte kümmern sich künftig um die Anliegen der Klienten. „Alle Mitarbeiter haben sich für die Arbeit mit Zuwanderern und Flüchtlingen bewusst entschieden, sprechen zumindest Englisch", sagte Potsdams Sozialbeigeordnete Elona Müller-Preinesberger.

Potsdam ist Teil des Modellprojekts „Willkommensbehörde" des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Zehn Städte nehmen deutschlandweit daran teil. Ziel sei es, eine „Willkommenskultur" für Ausländer zu etablieren, so das BAMF.

Der Brandenburgische Flüchtlingsrat kritisierte die Namensgebung. „Die Potsdamer Ausländerbehörde ist nicht die schlimmste im Land", sagte eine Vertreterin. Solange die bestehenden Ausländergesetze gelten, sei sie aber „eben auch die Abschiebebehörde".

Was aber muss eine Willkommenskultur leisten, um den Namen zu verdienen?

Der Begriff hatte zuletzt auch die 10. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall im April beschäftigt. Dort hatte das geschäftsführende Vorstandsmitglied Christiane Benner kritisiert, dass dabei jene, die schon hier sind, oft aus dem Blick geraten: „Eine echte Willkommenskultur bedeutet die Anerkennung aller hier lebender Migrantinnen und Migranten."

Dazu gehöre, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen Perspektiven zu bieten ebenso wie die generelle Mehrstaatlichkeit. Keine Willkommenskultur sei es dagegen, dass Kollegen mit Migrationshintergrund nicht die gleichen Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz erhalten wie ihre deutschen Mitbewerber. Nach Untersuchungen des Freiburger Sozialwissenschaftlers Albert Scherr finden es noch immer 77 Prozent aller Personalentscheider „wichtig, dass der Bewerber Deutsch als Muttersprache" spreche. Über 35 Prozent gaben offen zu, keine kopftuchtragende Muslima einstellen zu wollen. Diese Diskriminierung führe zu einer geringeren Erwerbsquote bei Migranten. Migrantenkinder machen zudem seltener eine Berufsausbildung und die Arbeitslosigkeit unter Zugewanderten ist mehr als doppelt so hoch, als bei der deutschstämmigen Mehrheitsbevölkerung

Quelle: http://www.migration-online.de Juni 2014 ■

Refugee Protests in Hannover

HANNOVER. Seit Samstag, dem 24. Mai 2014, protestieren Flüchtlinge in Hannover gegen die Zustände in Niedersachsen für ihre Rechte. Aus der Erklärung zum Protest: „Theoretisch ist der kolonialistische Teil der Europäischen Geschichte vorbei. Aber praktisch nicht. Ressourcen und Länder des Afrikanischen Kontinents werden immer noch von Unternehmen, Industrie und Institutionen benutzt/ausgebeutet. Sanktionen, Kriege, militärische Interventionen und Millionen Tote sind die Fakten. Die Herrschaft Deutschlands als EU-Vormacht, Frontex-Chef und Erschaffer der Dublin Abkommen, um Flüchtlinge durch all diese Verbrechen zu kontrollieren, ist offensichtlich. Und diese Taktik setzt sich bis heute fort. Schleichender Tod in Lagern, Diskriminierung durch die sogenannte „Residenzpflicht", Racial Profiling und Terror durch die Abschiebemaschinerie sind nur einige Ausprägungen dieses Systems. Die furchtbaren Lebenssituationen von Frauen und Kindern sprechen für sich selbst."

Am Mittwoch, 28.5. hatte die Polizei einen Teil des Protestcamps am Weißekreuzplatz geräumt. Hintergrund war eine Auflage, die die Polizei den protestierenden Flüchtlingen im Rahmen einer Versammlung gemacht hatte. Das Camp war am Montag als Versammlung nach dem Versammlungsrecht angemeldet worden, am Dienstag folgten dann die Auflagen für die Versammlung durch die Polizei. Die Flüchtlinge hatten am Montag mit der Polizei Hannover unter Beteiligung von Politikern abgesprochen, wie mit dem Camp umgegangen werden sollte. Dabei war sich geeinigt worden, dass Camp als Versammlung für einen unbegrenzten Zeitraum anzumelden. Die Flüchtlinge waren davon ausgegangen, dass alle zu dem Zeitpunkt auf dem Weißekreuzplatz stehenden 18 Zelte verbleiben dürften. Angesichts der Tatsache, dass am Montag bereits 30 bis 40 Flüchtlinge vor Ort waren, ist dies auch notwendig. Die Flüchtlinge haben selber das Gespräch als angenehm und in einer von Kooperationsbereitschaft geprägten und lösungsorientierten Atmosphäre beschrieben. Sie sind am Montag noch davon ausgegangen, dass weder von Seiten der Polizei noch von Seiten der hannoverschen Verwaltung oder von politischer Seite eine Konfrontation gewollt wäre.

Die Auflagen der Polizei, wonach nur sechs Zelte bzw. Stände bestehen bleiben dürften, wurden dann von den Flüchtlingen verständlicher Weise als Affront empfunden. Als dann am Mittwoch, 28.5. kurz vor dem Start einer geplanten Demonstration die Polizei tatsächlich bei strömenden Regen die Zelte (bis auf die sechs zugestandenen) abbaute und alle Camp-Utensilien abtransportierte, konnten die protestierenden Flüchtlinge dies nur noch als Angriff verstehen. Die Atmosphäre der Kooperation und des Vertrauens ist durch diese Polizeiaktion zerstört worden. Als Reaktion darauf trat ein Camp-Bewohner in den Hungerstreik.

Es ist nun notwendig, mit VertreterInnen der Politik den Gesprächsfaden wieder aufzugreifen, um über den berechtigten Protest der Flüchtlinge und ihre Anliegen zu diskutieren. Die Camp-Bwohner wollen sich durch die Aktion der Polizei aber nicht davon abhalten lassen, ihren Protest fortzusetzen.

Quelle: http://ageeb1999.wordpress.com 30.5./2.6.2014 ■

Nachtrag vom Flüchtlingsrat Niedersachsen vom 4.6.2014:

Das Protest Camp auf dem Weißekreuzplatz in Hannover besteht nunmehr seit elf Tagen. Gestern gab es einen Runden Tisch, der vom Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Hannover-Mitte, Herrn Sandow, initiiert worden war. VertreterInnen aus dem Bezirksrat, Landtagsabgeordnete, ein Vertreter aus dem Büro der Beauftragten für Migration und Teilhabe, VertreterInnen der Stadtverwaltung, der Polizei, sowie VertreterInnen von amnesty international, Caritas und Flüchtlingsrat Niedersachsen waren anwesend. Es ist deutlich geworden, dass alle Beteiligten daran interessiert sind, die Gespräche weiter zu führen. Grundsätzlich ist noch mal deutlich geworden, dass das Camp bis auf weiteres weiter bestehen wird und auch seitens der Stadt bestehen bleiben kann.

Amt gegen Solidarität mit Flüchtlingen

BERLIN. In der Nacht von Freitag zu Samstag wurde ein Mann aus Ungarn Opfer eines rassistischen Angriffs in der Adlershofer Dörpfeldstraße. Er wurde von drei Personen erst rassistisch beschimpft und dann mit Flaschen beworfen. Anschließend sprangen sie ihm in den Rücken und traten und schlugen auf den am Boden liegenden Mann ein. Er musste da-

nach im Krankenhaus behandelt werden.

Diese Tat reiht sich in die rassistische Stimmungsmache der letzten zwei Jahre ein. Neonazis und andere Rassist_innen verbreiten ihre Hetze gegen alle Menschen, die nach ihrer Ansicht nicht „deutsch“ seien. Besonders davon betroffen waren in diesem Zeitraum Geflüchtete. Es kam zu rassistischen Angriffen gegen Sammelunterkünfte, wie beispielsweise in Waßmannsdorf und Hellersdorf oder vor einem Monat in Köpenick sogar zu einem Brandanschlag.

Um solche Szenen zu verhindern, planten Antifaschist_innen am 2. Juni – anlässlich des geplanten Einzugs von Geflüchteten in eine neue Unterkunft in Adlershof – eine Willkommens-Mahnwache und –Kundgebung in Adlershof. Einerseits sollte ein öffentliches Zeichen gegen Rassismus gesetzt werden und andererseits sollte sich solidarisch mit den Geflüchteten gezeigt werden. Der Platz sollte besetzt werden, damit die neuen Bewohner_innen der Sammelunterkunft, von denen viele schwer traumatisiert sind, nicht durch eine rassistische Meute zu ihrem neuen Zuhause gehen müssen. Doch das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), das für die Eröffnung von Unterkünften für Geflüchtete zuständig ist, hat kein Interesse, dass solche Szenen verhindert werden sollen und verschob aufgrund der Willkommens-Mahnwache und –Kundgebung den Einzug spontan um zwei Tage.

Dieses Verhalten ist eine bodenlose Frechheit. Das Amt sagt selbst, dass es aktuell zu wenige Plätze für Geflüchtete hat und mit dem Bezug neuer Unterkünfte so schnell wie möglich begonnen werden müsse. Trotzdem wird der Einzug im Fall Adlershof verschoben. Das Amt will verhindern, dass sich Menschen vor Ort mit den Geflüchteten solidarisieren und nimmt dadurch Bilder, wie in Hellersdorf, billigend in Kauf. Das LAGeSo bezieht mit seiner politischen Entscheidung klar Stellung, und zwar Stellung gegen die Sicherheit der Geflüchteten. Auch wenn das LAGeSo an seiner Politik gegen Geflüchtete festhält und immer wieder Termine verschiebt, werden wir trotzdem vor Ort sein und jeden Versuch einer Bedrohung gegen Geflüchtete von Nazis und anderen Rassist_innen verhindern.

Gegen die, nun auf den 4. Juni verschobene, Willkommenskundgebung mobilisieren jetzt Neonazis auf Facebook. Ihr Ziel ist es die Kundgebung zu stören. Bereits mehrfach demonstrierte die NPD im Vorfeld in Adlershof mit ihrer rassistischen Hetze gegen die Unterkunft, in der Nacht zum Donnerstag verteilten Neonazis Schnipsel mit der Aufschrift „Nein zum Heim“ unweit der Einrichtung. Regelmäßig verbreiten Anwohner_innen auf den rechten Facebook-Seiten Gewaltphantasien und –aufrufe. Im Zusammenhang mit der anstehenden Eröffnung sogar zunehmend. Diese Reaktion der Neonazis auf ihren Facebook-Seiten und die Kommentare rassistischer Anwohner_innen dazu beweisen, dass unsere geplante Aktion richtig und notwendig ist. Wir werden nicht zulassen, dass sich ein rassistischer Mob in der Nähe der Unterkunft sammelt und ankommende Flüchtlinge einschüchtert oder gar angreift!

Mittlerweile steht das für die Geflüchteten-Unterkunft bestimmte Gebäude, schon vor dem Bezug, unter Polizeischutz. Selbst in Polizeikreisen geht man also von einer konkreten Angriffsgefahr auf Geflüchtete und die für sie bestimmte Unterkunft aus. Die Willkommenskundgebung wird am Mittwoch, den 4. Juni um 17 Uhr auf dem Platz der Befreiung (am S-Bahnhof Berlin-Adlershof) stattfinden. *Antifa Berlin 2.6.2014* ■

Gesetzentwurf: „Perfidie in Paragrafenform“

„Dieser Gesetzentwurf ist das Schärfste und das Schäbigste, was einem deutschen Ministerium seit der Änderung des Asylgrundrechts vor 21 Jahren eingefallen ist. Er ist nicht nur eine Ansammlung von Nickeligkeiten, neuen Erschwernissen und Bürokratismen; im Kern ist er die Perfidie in Paragrafenform,“ schreibt Heribert Prantl in der Süddeutschen am 9. Mai 2014 über den „Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Damit übertreibt der Innenressort-Chef der SZ keineswegs.

Das Innenministerium will sich zwar die extremen Verschärfungen unter anderem durch die Einführung eines stichtagsunabhängigen Bleiberechts und der Erweiterung des Bleiberechts für Jugendliche und Heranwachsende erkaufen. Allein: Sollte der Entwurf Gesetz werden, würde kaum noch jemand in die neue Bleiberechtsregelung hineinkommen.

Unter anderem sieht der Gesetzentwurf folgendes vor:

- Eine geradezu abstruse Ausweitung der Abschiebungshaft
- Einschränkungen des Familiennachzugs zu Personen, denen Internationaler subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist
- Die Einführung von Einreisesperren für Personen, die eine ihnen gesetzte Ausreisefrist nicht eingehalten haben
- Die Einführung von Einreisesperren für Personen, die nach behördlicher Auffassung eingereist sind, um Sozialleistungen zu beziehen.

Und letzteres hätte – so ganz nebenbei – zur Folge, dass die Verhängung von Arbeitsverboten für Geduldete massiv ausgeweitet werden dürfte – obwohl zum Arbeitsverbot kein einziges Wort im Gesetzentwurf zu finden ist.

Der Grund liegt in der Regelung des § 33 Abs. 1 BeschV:

„Ausländerinnen und Ausländern, die eine Duldung besitzen, darf die Ausübung einer Beschäftigung nicht erlaubt werden, wenn

- *1. sie sich in das Inland begeben haben, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erlangen, oder*
- *2. aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ihnen aus Gründen, die sie selbst zu vertreten haben, nicht vollzogen werden können.“*

Bislang spielt die erste Alternative bei der Verhängung von Arbeitsverboten keine größere Rolle. Das würde sich durch die Gesetzesänderung wohl gravierend verändern. Denn laut Gesetzentwurf sieht der künftige § 11 Abs. 7 AufenthG-E vor, dass ein Einreise- und Aufenthaltsverbot verhängt werden kann, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass (der Ausländer) in das Bundesgebiet eingereist ist, um öffentliche Leistungen zu beziehen, die der Sicherung des Lebensunterhalts dienen“ – was wohl insbesondere Leistungen nach dem AsylbLG sein dürften. Im Folgenden wird sodann gesetzlich vermutet, dass eine Einreise zum Zwecke des Bezugs öffentlicher Leistungen u. a. regelmäßig dann erfolgt sei, wenn „ein Asylantrag als unzulässig, unbeachtlich oder als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird.“ Hiermit wäre somit gleichsam automatisch die Voraussetzung für die Verhängung eines Arbeitsverbots erfüllt.

In den vergangenen beiden Jahren sind etwa zwei Drittel aller Asylantrags-Ablehnungen als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden; laut Bundesregierung handelte es sich in den Jahren 2012 und 2013 um jeweils etwa 20.000 ou-Ablehnungen von jeweils etwa 30.000 Gesamt-Ablehnungen. Der weit überwiegende Teil der abgelehnten Asylantragsteller_innen dürfte also getreu dieser Logik künftig nicht arbeiten. Die Folge wäre: Kaum jemand würde die Voraussetzung einer Lebensunterhaltssicherung für die neue Bleiberechtsregelung nach § 25b erfüllen. Und auch die vielbeschworenen Fachkräfte und Hochqualifizierten, deren Asylantrag „ou“ abgelehnt worden ist, dürften nicht arbeiten. Die geplante Verkürzung der Wartefrist für den Arbeitsmarktzugang gerät so zur Farce.

Der Gesetzentwurf ist nicht nur „Perfidie in Paragrafenform“, sondern auch sozial-, integrations- und arbeitsmarktpolitisch einigermaßen grotesk…

Quelle: http://www.ggua.de (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.) 12.05.2014 ■

Willkommenskultur! Bleiberecht jetzt sofort!

Aufruf von Jugendliche ohne Grenzen zur Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz am 12.6.2014 um 17 Uhr am Münsterplatz in Bonn.

„Bleiberecht jetzt sofort!"

Die fundamentalen Menschenrechte werden Flüchtlingen aufgrund von „migrationspolitischen Erwägungen" seit Jahrzehnten verweigert. Wir sehen darin eine Abschreckungsstrategie, damit möglichst wenige Menschen nach Deutschland kommen. Doch Fakt ist: Die Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland steigt jährlich. Derzeit sind in Deutschland ca. 95 500 Flüchtlinge geduldet, die Hälfte davon sogar schon länger als sechs Jahre. Geduldet zu sein bedeutet, in ständiger Unsicherheit und Angst vor einer Abschiebung zu leben. Dazu kommt noch eine Reihe von diskriminierenden Sondergesetzen, wie Ausbildungs- und Arbeitsverbote, Residenzpflicht, Wohnen in Lagern, Versorgung mit Essenspaketen oder Gutscheinen und vieles mehr. Im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass es eine Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete geben soll, wenn diese als „integriert" gelten, arbeiten, deutsch sprechen und mindestens 6 Jahre als Familien oder 8 Jahre als Alleinstehende in Deutschland leben. Diese Regelung lässt nicht nur auf sich warten, sondern ist keine Lösung für das Problem der Kettenduldungen. Die Mindestaufenthaltszeiten sind unzumutbar lang, wer zu krank oder zu alt ist wird meist nicht von dieser Regelung profitieren können und schon kleinere Delikte, wie wiederholtes Fahren ohne Ticket, führen zu einem Ausschluss von der Regelung. Der Fisch stinkt vom Kopf: Es wird Integration verlangt, aber während der jahrelangen Duldung ist eine Teilhabe oft kaum möglich, da Jugendlichen nach der Schule die Ausbildung verboten oder erschwert wird, Sprachkurse nicht gewährt werden und (faktische) Arbeitsverbote bestehen. Wir sagen zu den Innenministern: Wer Integration fordert, muss zunächst gleiche Rechte und eine echte Willkommenskultur schaffen!

Noch schlimmer ist die Situation für „Menschen ohne Papiere", denn sie haben keinerlei Zugang zu Bildung, angemessener Gesundheitsversorgung und auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen, Dublin III kippen!

Die Innenminister entscheiden zudem darüber in welche Länder abgeschoben wird. Derzeit wird nicht einmal vor Abschiebungen in Bürgerkriegsländer haltgemacht. So finden weiterhin Abschiebungen nach Afghanistan statt, obwohl dort eine katastrophale Sicherheitslage herrscht. Bei der diesjährigen Innenministerkonferenz in Bonn soll entschieden werden, ob die Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden. Wir Jugendliche ohne Grenzen (JoG) fordern, dass alle Abschiebungen nach Afghanistan sofort gestoppt werden müssen!

Die steigende Zahl von Abschiebungen in andere europäische Länder ist besorgniserregend. Viele Flüchtlinge kommen aus Italien, Ungarn, Bulgarien oder anderen EU-Ländern nach Deutschland, da sie dort ohne staatliche Hilfe auf der Straße leben müssen, Gewalt ausgesetzt sind, monatelang Inhaftiert werden oder keine Chance auf ein faires Asylverfahren haben. Ohne Anhörung ihrer Fluchtgründe droht diesen die Abschiebung, da nach der Dublin-Verordnung das Ersteinreiseland für den Asylantrag zuständig ist. Anträge von Asylsuchenden, die über ein anderes europäisches Land nach Deutschland eingereist sind, finden hier dadurch keine Beachtung. Die Innenminister können und müssen diese Abschiebungen stoppen. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung der Dublin-Verordnung auf EU-Ebene.

Syrien: Aufnahmeprogramm nicht nur für Reiche!

Großes Lob haben die Innenminister für die Aufnahme von weiteren 5000 syrischen Flüchtlingen bekommen, so dass insgesamt 10 000 Menschen nach Deutschland kommen können. Zudem konnten die verschiedenen Bundesländer eigene Aufnahmeanordnungen für syrische Kriegsflüchtlinge erlassen. Gerade bei letzteren lautet das Prinzip der Programme allerdings: Gute Chancen hat nur wer Angehörige hat, die für den Lebensunterhalt aufkommen und Wohnraum bieten können – dies ist für Normalverdiener meist unmöglich. Wir fordern daher ein Schutzprogramm nicht nur für Reiche! Das Kontingent ist viel zu gering – die Türkei hat beispielsweise fast eine Millionen Syrer aufgenommen.

Rassistischen Angriffen und Hetze entgegentreten!

Die Zahl der rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge in Deutschland hat sich in 2013 mehr als verdoppelt. Tendenz steigend: Alleine in den ersten zwei Monaten in 2014 gab es 21 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte – darunter 13 Brandanschläge. Eine aufgeladene politische Stimmung, oft befeuert durch Aussagen der Innenpolitiker, Unkenntnis und falsche Fakten zur Lebenswirklichkeit Asylsuchender sind der Boden für menschenverachtende Stimmungsmache gegen Flüchtlinge. Gemeinsam müssen wir Angriffen und rassistischer Hetze entgegentreten! Um diese und viele andere entwürdigende Zustände endlich zu ändern, protestieren wir – Jugendliche ohne Grenzen (JoG) – bei dieser Innenministerkonferenz (IMK) 2014 in Bonn! „JoG", das Bündnis „Innenminister Abschieben" und zahlreiche weitere Unterzeichner dieses Aufrufs (s.u.) laden euch alle zu unserer Demonstration unter dem Motto: „Willkommenskultur! Bleiberecht für ALLE, jetzt sofort!" ein!

Kommt alle zur Demo, am 12.6.2014 um 17 Uhr am Münsterplatz und wählt dann mit uns gemeinsam den Abschiebeminister des Jahres 2014

WIR FORDERN:

- Bedingungsloses Bleiberecht für ALLE!
- Die Abschaffung ALLER ausgrenzenden Gesetze und Regelungen, wie z. B. Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung!
- Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere!
- Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Arbeit!
- Abschaffung der Dublin-Verordnung! Abschaffung der Abschiebehaft!
- Vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder – auch in der Praxis!
- Das Recht für unsere abgeschobenen Freunde und Freundinnen, in ihre Heimat Deutschland zurückzukehren!

Unterzeichner des Aufrufs: Stand 26.5.2014

Flüchtlingsrat Niedersachsen, Antifaschistische Linke Bonn, Erwerbslosen Forum Deutschland, Antikapitalistische Aktion Bonn,ver.di-Jugend NRW-Süd, ver.di-Studierendengruppe an der Uni Bonn, Antikapitalistische Hochschulgruppe an der Uni Bonn, Flüchtlingsrat Bremen e.V., Flüchtlingsrat NRW e.V., Bonner Jugendbewegung, Netzwerk Friedenskooperative, Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V., Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, Verein für politische Flüchtlinge, initiative kirche von unten_ikvu, Roma Center Göttingen e.V., emanzipart, QuaBS e. V., borderline-europe – Men-schenrechte ohne Grenzen e.V., ausbrechen-Paderborn, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Hamburg, MediNetzBonn e.V., Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V., Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V., Migrationsrat Berlin Brandenburg,S prachraum e.V. – antirassistische Sprachwerkstatt Hamburg", attac Bonn, Flüchtlings-rat Brandenburg, Bayerischer Flüchtlingsrat, Antira-Plenum Oldenburg, Café Exil, Infomobil Hamburg, Flüchtlingsrat Thüringen, Flüchtlingsrat Berlin

Quelle: Jugend ohne Grenzen 26.5.2014 ■

Vom Mauerfall zur Nagelbombe.

Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre", u.a. mit Beiträgen von Mitat Özdemir, Imran Ayata und Katharina König, 128 S. bebildert, ISBN: 978-3-940878-16-8, Preis: 10 Euro

Zum zehnten Jahrestag des vom NSU verübten Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 gibt die Kölner Gruppe „Dostluk Sinemasi;" ein Buch mit Augen-zeugenberichten der damaligen Anwohner heraus.

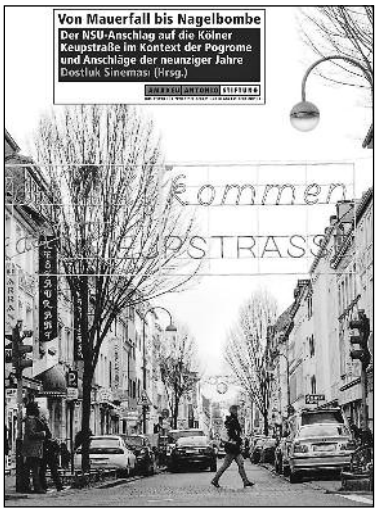
Unterstützt und veröffentlicht wird das Buch durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Während nach dem Anschlag die wirklichen Täter und ihre Strukturen von den Behörden unbehelligt blieben, wurde die gesamte Anwohnerschaft kriminalisiert und vom Verfassungsschutz bespitzelt. Rechtsextreme Anschläge und die Verfolgung der Betroffenen statt der Täter stehen in einem größeren Zusammenhang rassistischen Denkens und Handelns, dem seit dem Mauerfall 1989 über hundert Menschen zum Opfer fielen.

„Von Mauerfall bis Nagelbombe" setzt die Pogrome der 1990er Jahre in Bezug zu den NSU-Anschlägen und zeigt gemeinsame Erfahrungen und Analysen von Rassismus in Deutschland. Herzstück des Bandes sind die Interviews mit den Betroffenen der Nagelbombe, die eindrücklich ihre Beobachtungen als Augenzeugen schildern, aber auch davon berichten, welche Tortur sie in den Jahren nach dem Anschlag erleben mussten.

Die auf türkisch und deutsch erscheinende Publikation versammelt Berichte von der Erfahrung von Rassismus und dem gemeinsamen Kampf dagegen. „Zudem gibt es einen weiteren zentralen Gedanken: Alle, die seit den 1990er Jahren rassistische Anschläge miterlebt haben, können in dem Buch von den Geschichten und Erfahrungen anderer lesen. Wir hoffen so auf einen Charakter des Austauschs", so Vanessa Höse von „Dostluk Sinemasi".

Erhältlich ist „Von Mauerfall bis Nagelbombe" bei der Amadeu Antonio Stiftung (info@amadeu-antonio-stiftung.de) und im Buchhandel. 128 Seiten, ISBN: 978-3-940878-16-8, Preis: 10 Euro zzgl. 2 Euro Versandkosten



Buchempfehlung:

Realität Einwanderung

Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe gegen Diskriminierung

Ziel linker Lokalpolitik ist eine Kultur, die nicht nach Herkünften schaut, sondern auf eine gemeinsame Zukunft ausgerichtet ist. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 hat die Bundesrepublik auch offiziell die Einwanderungsrealität anerkannt. Fragen von Asyl, die Zugänglichkeit von Verwaltung, die Planung von partizipativen Instrumenten, die Stadt- und Raumplanung oder aber das soziokulturelle Angebot sind von jeher auch kommunale Themen, die aktiv gestaltet werden können. Gerade den Städten und Kommunen kommt die Aufgabe zu, gleiche Teilhabe zu ermöglichen und emanzipatorische öffentliche Räume zu schaffen. Die Autor_innen sensibilisieren für ausschließende Strukturen und geben Beispiele für und Hinweise auf gelingende Ansätze für ein gleichberechtigtes Zusammenleben: für Teilhabe aller, gegen Rassismus und Diskriminierung.

Autoren: **Koray Yilmaz-Günay** (Referent für Migration in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung) **Freya-Maria Klinger** (migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Mitglied im Sächsischen Flüchtlingsrat und Initiatorin der Chemnitzer Save-Me-Kampagne)

VSA: Verlag Hamburg, ISBN 978-3-89965-584-1, € 7,50.

NEUERSCHEINUNG!

Klara Schabrod – Alltagskonstruktionen einer Kommunistin in Briefen zur Zeit des deutschen Faschismus

Ein Buch von Mareen Heying mit einem Geleitwort der Tochter Klara. Klara schreibt darin: „Der ersten kleinen Karte ins Zuchthaus, nachdem die beantragte Todesstrafe in lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt worden wurde, legte meine Mutter einen Tannenzweig bei. ‚Lebenslänglich ist auch vergänglich', sagte sie. Das simple Lied: ‚Oh, Tannenbaum …' hatte für meine Mutter eine tiefere Bedeutung. Die Zeile: ‚die Hoffnung und Beständigkeit gibt Trost und Kraft zu jeder Zeit' sang sie mit der gleichen Inbrunst wie manches Arbeiterlied. Leider wurde dieser Text wieder aktuell, als wir 1959 ohne Vater Weihnachten feierten. Karl Schabrod wurde noch drei Mal in der Zeit der Adenauer-Regierung verhaftet. In der Anklageschrift von 1959 wird zwar seine Verfolgung in der Nazizeit respektiert, aber, so hieß es: er hätte wohl nicht begriffen, dass er jetzt in einem anderen Staat lebe. Natürlich wusste mein Vater, dass er in einem anderen Staat lebte, schließlich hatte er an der Verfassung von NRW im Landtag aktiv mitgearbeitet. Aber gerade nach der Erfahrung des 3. Reiches waren meine Eltern gegen eine Wiederbewaffnung, gegen das Neuerstarken der Konzerne und gegen Nazis in einflussreichen Ämtern. Es ist keine Ironie der Geschichte, sondern eine bewusste Demütigung, als meinem Vater mit dem Gerichtsurteil die Verfolgtenrente aberkannt wurde."

Kartoniert, 135 Seiten, 8.50 Euro,Ruhr Echo Verlag, ISBN 978-931999-20-9

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Deutsche Kollektivunschuld

ZUERST!, das monatlich erscheinende „deutsche(s) Nachrichtenmagazin“ will der rechte „Spiegel“ sein – davon, dass dieser Versuch vergeblich ist, soll an dieser Stelle nicht die Rede sein. Interessant aber ist, wenn die Zeitschrift aus dem Hause Munier direkt auf sein großes Vorbild aus Hamburg reagiert. Mit einem fast identischen Titelbild, einem unscharf dargestellten Wehrmachtssoldaten, von dem nur die Augenpartie klar zu erkennen ist, als Hintergrund titelt ZUERST! in Anlehnung an einen nicht mehr ganz neuen antirassistischen Slogan „Mach meinen Vater nicht an!“ – Vergangenheitsbewältigung à la SPIEGEL: Mit therapeutisch betreuten Autoren zur deutschen Kollektivschuld“.

Die Titelgeschichte der Spiegelausgabe 16 vom 14. April 2014 hatte den Titel: Mein Vater der Mörder – SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über seine Nazi-Eltern und die Flucht vor der Wahrheit“.Darin ging es tatsächlich um einen Mord: Schnibbens Vater, ein offenbar unbelehrbarer Nazi, hatte an der Ermordung eines Bauern kurz vor der Befreiung vom Faschismus mitgewirkt und war 1953 wegen „Beihilfe zur vorsätzlichen Tötung“ zu 2 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt worden. Die ZUERST-Autoren BERNHARD RADTKE, ROBERT DIEHL und DORIAN REHWALDT können sich ein rechthaberisches „Kein Mörder also, sondern ein Mordhelfer“ nicht ersparen.

Aber natürlich geht es den drei Autoren weder um Cordt Schnibben und dessen Abrechnung mit seinen Eltern und auch nicht um den ausführlich zitierten Niklas Frank (Sohn des hingerichteten Kriegsverbrechers Hans Frank). Überhaupt geht es nur in zweiter Linie um die Inschutznahme von Eltern oder Großeltern vor dem Vorwurf, Verbrecher gewesen zu sein, der als kollektiver Vorwurf natürlich Unsinn ist und von den allermeisten Naziopfern auch als solcher bezeichnet wird. Ziel ist stattdessen eine kollektive Unschuldsbehauptung, ja sogar eine kollektive Ehrenrettung aller Deutschen, die ja nur ihre Pflicht getan hätten und überdies, wie Prof. Dr. KONRAD LÖW im Interview behauptet, „Hitlers Judenpolitik“ (allein dieser Begriff ist eine Beschönigung des Massenmordes) sei, „soweit sie bekannt war, weit überwiegend abgelehnt“ worden. Zu diesem Zweck werden diejenigen, die sich mit der Nazi-Vergangenheit ihrer Eltern kritisch auseinander gesetzt haben, mit einer ganzen Auswahl an psychiatrischem Vokabular beschrieben: Da ist die Rede von einem „nationalen Schuldkomplex“, einem „genüßlich gepflegten Schuldkult“ einem kollektiven „Gewissensdruck“. Über Cordt Schnibben heißt es: „Das alles bedrückt den Autor, und die Bedrückung versucht er mit einer Art selbsttherapeutischem Schreiben loszuwerden“.

„Gesünder“ ist da schon DESIRÈE PELLA, die über ihren Großvater schreibt: „Ich bin stolz auf meinen Opa, weil er trotz seiner Jugend den Mut und die Tapferkeit bewies, sich für sein Volk und sein Land einzusetzen“. Ebenfalls psychisch gesund und unbelastet von jedem Schuldkomplex ist auch HANS-JOACHIM von LEESEN, der über seine Eltern, die beide Mitglieder der Nazipartei waren, äußert: „Beide Eltern waren glücklich, daß die schlimmen Weimarer Verhältnisse mit dem Jahr 1933 gestoppt worden waren und daß es für die Bevölkerung wieder Arbeit, Perspektiven und Fortschritt gab. 1943 fiel auch unsere Wohnung in Hamburg den britischen Terrorangriffen zum Opfer. Uns hat es dann nach Flensburg verschlagen. Dort traf meine Mutter auf der Straße einen alten Hamburger Parteigenossen. Er war vom Hamburger Gauleiter zum Beauftragten für die Betreuung der jetzt im nördlichen Schleswig-Holstein untergebrachten ausgebombten Hamburger ernannt worden und suchte dringend Unterstützung. So appellierte er an meine Mutter als Nationalsozialistin, und sie stimmte zu. Bis Kriegsende war sie ehrenamtlich aktiv und beriet und unterstützte ihre vielen Schicksalsgenossen“. Bei so viel psychischer Gesundheit kann man durchaus das Gruseln bekommen.

Welcher „Geist“ hinter dieser Unbelehrbarkeit steckt, wird im Beitrag von HARALD KERSTEN über Pläne von Wiener Burschenschaften, als Erben der Revolution von 1848 aufzutreten deutlich. Kersten schreibt u.a.: „daß das Datum des 8. Mai für Millionen Deutsche alles andere als ein Tag der ‚Freude‘ war, sondern das Symbol für millionenfache Vertreibung und Verlust der Heimat, grauenhafte Pogrome, Folter und barbarische Metzeleien, Hunger, Vergewaltigung, Plünderung und Demütigung“ und kennzeichnet die Forderung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“, der eigentlich kein vernünftiger Mensch widersprechen kann, als „kommunistische Parolen“. Dann doch lieber die, wie Kersten sie diffamiert, „traurige Manifestation nationaler Selbstzerknirschung“.

Die neoliberale und sozialdarwinistische „Alternative für Deutschland“, die seit dem 25. Mai Abgeordnete des Europaparlaments stellt, ist ZUERST! nicht geheuer – sie scheint nicht weit genug rechts zu stehen, nicht völkisch-rassistisch zu sein. Bei ROBERT DIEHL liest sich das so: „Die kulturelle Kompatibilität von Zuwanderern scheint also nur für eine Minderheit der AfD-Parteigänger eine Rolle zu spielen. Im Blickfeld ist wohl mehr die Frage, wer aus ökonomischer Perspektive erwünscht ist oder nicht“. Treffender kann man die Unterwerfung des Rechts auf Freizügigkeit (und oft genug des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben) unter das Diktat der Ökonomie kaum beschreiben.

Deutlicher wird die Einschätzung der AfD als Sammlungspartei unsicherer Kantonisten im Beitrag von MARKUS SCHWERDTFEGER über den früheren AfD-Spitzenkandidaten und jetzigen Euopaabgeordeneten Hans-Olaf Henkel: „Das ehemalige FDP-Mitglied Henkel steht vor allem für die klassischen wirtschaftsliberalen Ansichten.... Hans-Olaf Henkel, der 2006 bis 2013 Senior-Berater der Bank of America war, bekennt sich als neoliberaler Globalisierungs-Fan, als überzeugter Transatlantiker, als jemand, der die Interessen Deutschlands schon gerne über Washington definiert.... Henkel fordert, Asyl – es dient dem Schutz von Verfolgten und hat nichts mit ‚Integration‘ zu tun – als zusätzliches Einwanderungsinstrument offiziell anzuerkennen. Den ‚Sozialstaat entlasten‘ könne man durch raschere und entschiedene Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und durch schnellere Asylverfahren. Doch dazu ist von Hans-Olaf Henkel nichts zu hören“. Es ist zu vermuten, dass die Mäkeleien von rechts nur Ausdruck der Stimmung einer Gruppe von Mitgliedern der neuen Partei ist. Auf die anstehenden Auseinandersetzungen dort darf man gespannt sein. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507